Sitzungsunterlagen

35. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

29.10.2025

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Einladung öffentl. 3

Vorlagendokumente

TOP Ö 5 Sachantrag Nr. 182/2020-2026 - Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss: Spielplatz im Stadtpark

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3646/2025 5

Anlage 1 SA-Nr. 182 STR Heimerl_Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss_Spielplatz im Stadtpark 3646/2025 9

Anlage 2 Protokoll Planungs und Bauausschuss 16 07 2009 3646/2025 10

Anlage 3 Beschlussvorlage 073-2009 Sachantrag Nr. 34 SPD und Sachantrag Nr. 45 CSU Attraktivitätssteigerung des Stadtparks 3646/2025 26

TOP Ö 6 Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3721/2025 33

Anlage 1 3721/2025 39

Anlage 2 3721/2025 49

Anlage 3 3721/2025 55

Anlage 4 3721/2025 59

Anlage 5 3721/2025 61

Anlage 6 3721/2025 62

Anlage 7 3721/2025 63

TOP Ö 7 Beteiligung der Stadt bei der farblichen Umgestaltung der Personenunterführung am Bahnhof Buchenau - Kostenmehrung

Vorlage mit Sitzungsdaten Ausschuss 3722/2025 65

Auszug TOP 4 aus der Sitzung vom 21.05.2025 3722/2025 68

Stadt Fürstenfeldbruck Postfach 1645 82245 Fürstenfeldbruck

An die/ das/ den
Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung
Behindertenbeirat/ Seniorenbeirat/
Sportbeirat/ Stadtjugendrat/ Umweltbeirat/
Wirtschaftsbeirat
Stadtwerke Fürstenfeldbruck
Veranstaltungsforum Fürstenfeld
Vertreter der Presse

Rechtsamt
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Telefon: 08141 / 281-0
Telefax: 08141 / 282-1199

Allg. Öffnungszeiten:
Mo – Fr 08:00-12:00 Uhr
Do 14:00-18:00 Uhr
und nach Vereinbarung

http://www.fuerstenfeldbruck.de
Info@fuerstenfeldbruck.de

Fürstenfeldbruck, 10.10.2025

Einladung zur 35. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lade ich Sie zu der am **Mittwoch, 29.10.2025, 18:00 Uhr**, im großen Sitzungssaal des Rathauses stattfindenden Sitzung **des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau** ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift

3. Umwelt- und verkehrsrechtliche Fragen

4. Vorstellung Schulwegpläne und digitaler Schulwegplaner; mündlicher Bericht

5. Sachantrag Nr. 182/2020-2026 - Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss: Spielplatz im Stadtpark

6. Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände

7. Beteiligung der Stadt bei der farblichen Umgestaltung der Personenunterführung am Bahnhof Buchenau - Kostenmehrung

8. Lösungsansätze zum ordnungsgemäßen Abstellen von E-Leihrollern im öffentlichen Raum - mündlicher Bericht

9. Verschiedenes

Nichtöffentlicher Teil:

1. Genehmigung der nichtöffentlichen Niederschrift

2. Verschiedenes

Freundliche Grüße

Christian Götz
Oberbürgermeister

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3646/2025

35. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sachantragsnr.	Sachantrag Nr. 182/2020-2026 - Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss: Spielplatz im Stadtpark			
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich	
AZ:	41-Wo	Erstelldatum	25.07.2025	
Verfasser	Wolter, Sarah	Zuständiges Amt	Amt 4	
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Grünwesen	Abzeichnung OB:		

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	- Vertagt -	08.10.2025	Ö
2	**Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau**	**Entscheidung**	**29.10.2025**	**Ö**

Anlagen:	1. Sachantrag Nr. 182/2020-2026 Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss: Spielplatz im Stadtpark 2. Protokoll PBA 16.07.2009 zu Beschlussvorlage Nr. 073/2009 3. Beschlussvorlage Nr. 073/2009 Sachantrag Nr. 43 und Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks

Beschlussvorschlag:

Gemäß Sachantrag-Nr. 182/2020-2026:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

1. Die Verwaltung setzt den Beschluss des Planungs- und Bauausschusses vom 16.07.2009 um und nimmt die Planungen für einen Spielplatz im Stadtpark auf. Die notwendigen Mittel werden eingestellt.

Abweichender Beschlussvorschlag der Verwaltung:

1. Der Sachantrag Nr. 182 „Umsetzung eines Spielplatzes im Stadtpark“ wird aufgegriffen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Errichtung eines Spielplatzes im Stadtpark in die Prioritätenliste aufzunehmen.

3. Die Bearbeitung des Sachantrags Nr. 182/2020-2026 ist abgeschlossen.

Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in	Brückner/DieGrünen		Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz		gering		
Umweltauswirkungen		gering		
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Nein		€
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

Sachstand

Mit Schreiben vom 22.04.2025 wird von Herrn Stadtrat Heimerl folgendes beantragt (s. Anlage 1):

Die Stadtverwaltung setzt den Beschluss des Planungs- und Bauausschusses vom 16.07.2009 um und nimmt die Planungen für einen Spielplatz im Stadtpark auf. Die notwendigen Mittel werden eingestellt.

Der Antrag wird insbesondere damit begründet, dass die Spielplatz-Lücke in der Innenstadt geschlossen werden sollte.

Stellungnahme der Verwaltung

Am 16.07.2009 wurde gemäß Beschlussvorlage 073/2009 (s. Anlage 2) folgende Beschlüsse gefasst:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Idee, im Stadtpark einen Spielplatz mit einzelnen Bewegungselementen einzurichten, planerisch weiter zu verfolgen und entsprechende Haushaltmittel einzustellen, sobald es die Haushaltssituation zulässt und die hierfür erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit herbei zu führen.
2. Flankierende Maßnahmen, wie offizielles Freigeben der Rasenfläche als Liegewiese und das Errichten von Picknickplätzen, werden nicht befürwortet.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, einen generationsübergreifenden Bewegungsparcours an der beantragten oder an einer anderen Stelle sowie einen Freizeitrundweg im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auszuarbeiten und dem Ausschuss erneut vorzustellen.

In der Zwischenzeit wurde im Jahr 2016 der unter Beschlusspunkt 3 genannte Bewegungsparcours inkl. Calisthenicsanlage im Stadtpark am Marthabräuweiher errichtet. Mit dem neu gestalteten Westpark kommt dieses Jahr ein weiterer Bereich hinzu, der im westlichen Stadtgebiet ebenfalls verschiedene Bewegungselemente zur individuellen Nutzung anbietet. Zudem wurde im Zuge des Wettbewerbs zur Entwicklung des Gebietes Aumühle/Lände im Rahmenplan ein Spielplatz (Inklusionsspielplatz) im Bereich des bisherigen Tennisplatzes beschlossen, für den im Haushalt 2026/27 Planungs- und Baukosten eingeplant sind.
Des Weiteren wurde im Rahmen des ISEK die Idee eines Freizeitrundweges aufgegriffen sowie die Errichtung eines Spielplatzes im Stadtpark in die Maßnahmenliste des ISEK aufgenommen.

Für die Umsetzung eines Spielplatzes im Stadtpark sind allerdings noch weitere Aspekte zu berücksichtigen:

1. Die Kosten für die Errichtung eines Spielplatzes betragen in etwa 150 € / m² für die vorbereitenden Arbeiten, die Ausstattungsgegenstände und den Aufbau. Die Planung des Spielplatzes würde über das SG41 Abt. Grünplanung vorgenommen werden, das derzeit nicht voll besetzt ist und die vorhandenen

Kapazitäten in anderen Projekten gebunden sind. Die Prioritäten müssen dann zugunsten der Spielplatzplanung neu verteilt werden.

2. Die Stadt verfügt aktuell über 15 öffentliche Spielplätze sowie weitere Freizeitanlagen (Trimm-dich-Pfad, Walderlebnispfad, Fitnessparcours, Skateranlage etc.) und öffentliche Bolzplätze. Diese befinden sich im Unterhalt beim Bauhof, der für die Kontrolle, Reinigung und Reparatur lediglich zwei volle Personalstellen zur Verfügung hat. Die Anlagen werden mindestens einmal wöchentlich durch die Bauhofmitarbeiter kontrolliert, kleinere Reparaturen werden dabei selbst durchgeführt sowie dokumentiert für die jährlich stattfindende TÜV Prüfung. Größere Nachbestellungen an Ersatzteilen erfolgt in Abstimmung mit dem Bauhof durch das SG41 und je nach Aufwand im Aufbau durch eine Fachfirma oder intern. Dafür sind im kommenden Haushalt jährlich 222.000 € vorgesehen. Im Jahr 2024 betrug der Aufwand ca. 188.000 €. Ein einzelner Spielplatz kostet somit pro Jahr mindestens 12.5000 € im Unterhalt; aufgrund der allgemeinen Preissteigerung ist künftig mit noch höheren Kosten zu rechnen.

3. Es gilt ebenfalls zu beachten, dass es sich bei dem Stadtpark um eine klassische Grünanlage handelt. Er zeichnet sich durch einen alten, attraktiven Baumbestand aus. Gepflegte Rasenflächen wechseln sich mit Wechselflor-Pflanzungen ab. Entlang der Wege laden Bänke zum Verweilen ein. Insgesamt weist der Stadtpark einen ruhigen und eher repräsentativen Charakter auf. Durch den Park verläuft eine für Fußgänger und Radfahrer wichtige Verbindung zwischen Innenstadt und Kloster. Der Stadtpark ist nach dem Bau des Bewegungsparcours im Marthabräupark der einzige Park, in dem die Bürger Ruhe finden können.

4. Aufgrund der dargestellten personellen, finanziellen und örtlichen Faktoren, schlagen wir vor, den Stadtpark in die Prioritätenliste aufzunehmen aber zurzeit nicht vorranging zu bearbeiten.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 aufgeführten Beschlussvorschlag.

Die PARTEI

FÜRSTEN FELD BRUCK SPD

BEARBEITUNGSVERMERK:
federführendes Amt:
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | Vf
zur Kenntnis / Mitwirkung an
22. APR. 2025
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | Vf
U-Schrift OB | Rückspr. | Vorgang vorl. | vor Ausl. vorl. | Eil!/ sofort
Termin bis/am:

Philipp Heimerl, Schulweg 4, 82256 Fürstenfeldbruck

Stadt Fürstenfeldbruck
z.Hd. Herrn Oberbürgermeister Christian Götz

Betreff: **Antrag auf Umsetzung Stadtratsbeschluss: Spielplatz im Stadtpark**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Namen der der Stadtratsfraktionen der SPD stelle ich folgenden Antrag

Der Stadtrat möge beschließen,

die Verwaltung setzt den Beschluss des Planungs- und Bauausschusses vom 16.07.2009 um und nimmt die Planungen für einen Spielplatz im Stadtpark auf.

Die notwendigen Mittel werden eingestellt.

Begründung:

Bereits 2009 wurde der Stadtverwaltung der entsprechende Auftrag erteilt. Das seitdem weder die Kapazitäten noch die finanziellen Mittel vorhanden waren, erscheint unplausibel.

Die Umsetzung sollte zeitnah erfolgen, so dass eine Spielplatz-Lücke in der Stadt geschlossen wird. Der Stadtpark soll endlich für alle Generatioen attraktiv sein.

Mit freundlichen Grüßen

Philipp Heimerl

1

Protokoll

- öffentlicher Teil -
über die
12. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Planungs- und Bauausschusses des Stadtrates der Stadt Fürstenfeldbruck

Sitzungsort:	Rathaus, Sitzungssaal
Sitzungstag:	**16.07.2009** Beginn: 18:00 Uhr Ende: 20:20 Uhr

Anwesend:	**Bemerkungen:**
Vorsitzender	
Kellerer, Sepp	
Protokollführerin	
Schmid, Ramona	
Ausschussmitglieder	
Droth, Markus	ab 18.10 Uhr / ab TOP 2
Fröhlich, Gabriele	
Geys, Susanne	
Höfelsauer, Franz	
Kainzinger, Werner Dr.	
Lohde, Andreas	bis 19.05 Uhr / TOP 6
Piscitelli, Michael	
Pötzsch, Mirko	
Probst, Michael	ab 18.45 Uhr / TOP 4
Schilling, Hans	
Schmetz, Ulrich	
Stangl, Christian	
Streifeneder, Jens	
Vertreter	
Pleil, Klaus-Josef	Vertretung für Herrn Tommy Beer
Stoklossa, Karlheinz	Vertretung für Herrn Andreas Lohde ab 19.05 Uhr / TOP 7
Vom Haus	
Cording, Sibylle	
Faulstroh, Christian	
Kneucker, Christine	
Kornacher, Martin	
Reize, Markus	
Gäste	
Frau Schneider, Projektmanagement Lfl	zu TOP 4
Herr Schmitt, Team und Technik GmbH	zu TOP 3 a) und 3 b)

Abwesend:	**Grund:**
Ausschussmitglieder	
Beer, Tommy	entschuldigt

Beschlussfähigkeit im Sinne Art. 47 Abs. 2 GO ist gegeben.

T a g e s o r d n u n g

1. Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO

3. Umbau und Sanierung der alten Knabenschule

   Umbau und Sanierung der alten Knabenschule
   a) Vergabe der Sanitäranlagen

   Umbau und Sanierung der alten Knabenschule
   b) Vergabe der Heizungsanlage mit Regelung

2. Sachantrag Nr. 43 Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks

4. ExWoSt-Modellvorhaben - Umbau des Niederbronner Platzes Beleuchtung

5. Vergabe thermische Klärschlammbehandlung und -entsorgung

6. Hamburger Manfred;
   Augsburger Straße 89, Fl.Nr. 81, Gemarkung Puch
   Freiflächengestaltung

7. Kohl Wilhelm; Maisacher Straße 8, Flur-Nr. 248, Gemarkung Fürstenfeldbruck
   Antrag auf Vorbescheid zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Erweiterung der bestehenden Tiefgarage

8. Josef Oberberger;
   Maisacher Str. 2, Fl.-Nr. 259, Gem. FFB
   Vorbescheid zur Errichtung eines Gebäudes mit Tiefgarage

9. Schule Nord
   Grundsatzbeschluss Gesamtsanierung

10. 57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung von Konzentrationsflächen für Kiesabbau und Grüngürtel im Brucker Norden
    Billigungsbeschluss

11. Sachantrag Nr. 46 / GUL (Deichenstegtrasse)

12. Sachantrag Nr. 44 - alternative Wiederherstellung des ehemaligen Amperbades

13. Widmung der Cerveteristraße zur Ortsstraße

14. Widmung Eigentümerweg Gartenstraße 12 und 14

15. Widmung der Ortsstraßen im Bebauungsplan P 7;
    Korbinian-Penzl-Straße und Bürgermeister-Braumiller-Straße

16. Bekanntgabe der verbeschiedenen Baugesuche

17. Verschiedenes

Herr **Oberbürgermeister Kellerer** eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Die Tagesordnung betreffend, schlägt Oberbürgermeister Kellerer vor, die Behandlung des Tagesordnungspunktes 2 bis zur Anwesenheit von Stadtrat Droth zurückzustellen. Hiermit besteht seitens des Ausschusses Einverständnis.

TOP 1	**Bekanntgabe von in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüssen gem. Art. 52 Abs. 3 GO**

In der Planungs- und Bauausschuss-Sitzung am 16.06.2009 wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

TOP 3	**Umbau und Sanierung der alten Knabenschule a) Vergabe der Sanitäranlagen**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 25.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 131/2009 (Anlagen: Vergabevorschlag Sanitär team für technik GmbH, Preisspiegel Sanitär, Kostenübersicht lt. Baufortschritt) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Den als Anlage beifügten ausführlichen Vergabevorschlag lobend, bezeichnet **Stadtrat Pötzsch** das mit der Fa. Melzl Heizungsbau GmbH als Bestandteil der Beauftragung vereinbarte Zahlungsziel von 12 Tagen mit 2 % Skonto als sehr ambitioniert und bezweifelt dessen Einhaltung. **Oberbürgermeister Kellerer** bittet die Verwaltung darum, mit der Firma über ein Zahlungsziel von 15 Tagen zu verhandeln und ein solches auch bei künftigen Aufträgen anzustreben.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss beschließt die Vergabe des Gewerks Sanitäranlagen entsprechend dem beiliegenden Vergabevorschlag an die Firma Melzl Heizungsbau GmbH, 93080 Pentling.
Die Vergabesumme beträgt brutto 63.551,82 €.

Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 0
(Die Stadträte Droth und Probst sind bei der Abstimmung noch nicht, Stadtrat Stangl ist nicht anwesend.)

TOP 3	**Umbau und Sanierung der alten Knabenschule b) Vergabe der Heizungsanlage mit Regelung**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 25.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 131/2009 (Anlagen: Vergabevorschlag Sanitär team für technik GmbH, Preisspiegel

Sanitär, Kostenübersicht lt. Baufortschritt dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Pötzsch befürchtet auf Grund der Firmengröße (relativ kleine Firma mit ca. 3 – 4 Monteuren), des hohen Stundenlohnes sowie des Firmensitzes (nicht vor Ort bzw. nicht im näheren Umkreis), dass z. B. bei Nichteinhaltung des Terminplanes Mehrkosten entstehen könnten. Ebenso sieht er im Krankheitsfall bei 3 – 4 Monteuren die Baustellenbetreuung nicht garantiert.
Bedauerlicherweise sei Herr Schmitt von der Team und Technik GmbH noch unterwegs, jedoch so **Herr Kornacher**, habe Herr Schmitt auf dieselben Fragen seinerseits erklärt, dass nach Erkundigungen bei Referenzgebern bzgl. der Zuverlässigkeit der Firma diese Vermutungen nicht bestätigt wurden. **Oberbürgermeister Kellerer** verweist auf ein kürzlich erlassenes Urteil, wonach bei Vergaben die Wirtschaftlichkeit stärker zu werten ist. Jedoch könne durchaus, so Oberbürgermeister Kellerer weiter, der Tagesordnungspunkt bis zur Anwesenheit von Herrn Schmitt zurückgestellt werden. Nachdem **Stadtrat Pötzsch** lediglich seine Bedenken zum Ausdruck bringen wollte und eine Zurückstellung des Punktes für nicht erforderlich hält, schlägt **Oberbürgermeister Kellerer** vor, den Beschluss zur Abstimmung zu stellen. Sollten jedoch nach Anwesenheit von Herrn Schmitt tatsächlich Bedenken bestehen, so müsste hierüber nochmals Beschluss gefasst werden. Hiermit bestand seitens des Ausschusses Einverständnis.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss beschließt die Vergabe des Gewerks Heizungsanlagen mit Regelung entsprechend dem beiliegenden Vergabevorschlag an die Firma Josef Fichtl Heizungsbau, Blöckenweg 4, 87616 Marktoberdorf-Rieder.
Die Vergabesumme beträgt brutto 114.772,08 €.

Ja-Stimmen: 13
Nein-Stimmen: 0
(Die Stadträte Droth und Probst sind bei der Abstimmung noch nicht anwesend.)

TOP 2	Sachantrag Nr. 43 Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 05.05.2009, Beschlussvorlage-Nr. 073/2009 (Anlagen: SA Nr. 43 Errichtung eines Spielplatzes im Stadtpark, SA Nr. 45 Steigerung der Attraktivität des Stadtparks/Fitnesskonzept, Übersichtsplan Spielplätze im Stadtgebiet dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Den im Namen der CSU-Fraktion gestellten Sachantrag verdeutlichend, kann **Stadtrat Droth** der Ablehnung eines generationsübergreifenden Bewegungsparcours im Stadtpark, wie unter Ziff. 3 des Beschlusses vorgeschlagen, nicht zustimmen, da es gerade das Anliegen seines Antrages ist, den Stadtpark als Bestandteil eines generationsübergreifenden Bewegungsbereiches zu sehen. Deshalb schlägt er vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ergänzen, dass die Bewegungselemente Bestandteil eines Bewegungsparcours innerhalb der Stadt sein können und hierzu der Arbeitskreis Sport mit einbezogen werden soll.

3. Bürgermeister Schmetz legt die Ziele des Sachantrages der SPD-Fraktion dar und betont, dass kein neues Sportzentrum geschaffen und dem Stadtpark auch keine wesentlich andere Aufenthaltsqualität gegeben werden soll, sondern ein Spielplatzangebot mit einer gewissen Mindestausstattung für Kleinkinder völlig ausreichen würde. Einen generationsübergreifenden Bewegungsparcour hingegen werde in diesem Bereich nicht benötigt. Nachdem die Schilder „Betreten des Rasens verboten“ nicht mehr vorhanden sind, sieht er einen Teil des Antrages der SPD-Fraktion als erfüllt und wird dem Beschlussvorschlag zustimmen. Zur Beschlussziffer 3 regt er eine Änderung insofern an, dass der generationsübergreifende Bewegungsparcour derzeit abgelehnt wird, damit die Idee ggf. über den Arbeitskreis Sport bzw. über die Vereine wieder aufgegriffen werden kann.

Ergänzend zum Sachvortrag merkt **Frau Kneucker** an, dass hinsichtlich des Spielplatzbegriffes seitens der Verwaltung auch darüber nachgedacht wurde, ähnlich dem ExWost-Modellvorhaben ein generationsübergreifendes und evtl. barrierefreies Angebot in diesem Bereich zu schaffen.

Nachdem **Stadträtin Fröhlich** ein Angebot in diesem Sinne für durchaus vorstellbar erscheint, bringt **Stadtrat Lohde** seine Skepsis dahingehend zum Ausdruck, dass Gerätschaften für Erwachsene insbesondere ein Anziehungspunkt für Jugendliche zu später Stunde sind und im Gegensatz zum ExWost-Modellvorhaben dieser Bereich nachts nicht überschaubar ist.

Laut **Herrn Oberbürgermeister Kellerer** müsse in der weiteren Diskussion das gesamte Areal im Auge behalten werden, da sich durch die angedachte Verlagerung der Stadtwerke evtl. eine Vergrößerung der angrenzenden Grünflächen ergeben könnte. Auch würde sich der Bereich für einen Rundweg in Richtung Fürstenfeld anbieten.

Angesicht der angespannten Haushaltslage sollten nach Meinung von **Stadtrat Stangl** weitaus wichtigere Projekte in Angriff genommen werden. Außerdem dürfe die wertvolle Ruhe des Parkes nicht durch neue Vorhaben gestört werden.

In weiteren Wortmeldungen spricht sich u.a. **2. Bürgermeister Schilling** gegen einen generationsübergreifenden Bewegungsparcour zum jetzigen Zeitpunkt aus. Nach Ansicht von **3. Bürgermeister Schmetz,** sollten weitergehende Überlegungen in eine Diskussion für ein Konzept zwischen Innenstadt und Fürstenfeld bzw. entlang der Amper mit einfließen. **Stadtrat Dr. Kainzinger** schlägt vor, unter Ziff. 3 des Beschlusses die Formulierung „…wird derzeit zurückgestellt“ zu wählen.

Nachdem **Stadtrat Droth** bemängelt, dass der 1. Satz seines Antrages „Der Stadtpark wird Bestandteil eines städtischen Freizeitrundweges“ nicht berücksichtigt wurde und gleichzeitig darum bittet, dies im Beschluss aufzunehmen, formuliert **Oberbürgermeister Kellerer** folgenden

geänderten Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Idee, im Stadtpark einen Spielplatz mit einzelnen Bewegungselementen einzurichten, planerisch weiter zu verfolgen und entsprechende Haushaltmittel einzustellen, sobald es die Haushaltssituation zu-

lässt und die hiefür erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit herbei zu führen.

2. Flankierende Maßnahmen, wie offizielles Freigeben der Rasenfläche als Liegewiese und das Errichten von Picknickplätzen, werden nicht befürwortet.

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, einen generationsübergreifenden Bewegungsparcour an der beantragten oder an einer anderen Stelle sowie einen Freizeitrundweg im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auszuarbeiten und dem Ausschuss erneut vorzustellen.**

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
(Stadtrat Probst ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.)

TOP 4	ExWoSt-Modellvorhaben - Umbau des Niederbronner Platzes Beleuchtung

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 23.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 704/2008/4 (Anlagen: Bericht Messung-Beleuchtungsprobe, Leuchtenstandorte, Leuchte PROJEKT ONE, Sonderbeleuchtung Bühne, Sonderbeleuchtung Beet) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Oberbürgermeister Kellerer begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt **Frau Schneider**, welche zunächst in ihren Ausführungen das Beleuchtungskonzept sowie die Ergebnisse der Beleuchtungsproben hervorhebt. Zudem berichtet sie, dass Oberbürgermeister Kellerer im Rahmen einer Besprechung mit Herrn Hübner und Herrn Becker aus Berlin angeregt hat, die Kinderspielgeräte für die im Bau befindliche Kinderkrippe in die Sonderausstattung mit aufzunehmen. Mittlerweile habe Berlin zugestimmt, so dass rd. 20.000 Euro für die Spielgeräte der Kinderkrippe in die Sonderausstattung aufgenommen werden können. Dies bedeutet, dass bei gleichzeitiger Sonderbeleuchtung für die Stadt Kosten in Höhe von ca. 9.000 Euro entstehen. Deshalb schlage sie vor, die Mastleuchten einzusetzen, jedoch auf die Sonderausleuchtung zu verzichten.

Nachdem **3. Bürgermeister Schmetz** bei Verzicht auf die Sonderbeleuchtung einen Qualitätsverlust in der Ausgestaltung des Platzes befürchtet und er diese Qualtitätseinbuße ungern absegnen möchte, erklärt **Frau Schneider**, dass sich nach Vorliegen der Angebote für den Bau der Bühne am 20.07.2009 evtl. noch eine Kostenverschiebung ergeben kann. **3. Bürgermeister Schmetz** regt darauf hin an, dem Beschlussvorschlag zuzustimmen und Herrn Oberbürgermeister Kellerer zu ermächtigen, nach Feststehen der Kosten im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Stadt darüber zu entscheiden, in welcher Form die Beleuchtung der Sonderelemente letztendlich zum Ausbau kommt. Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis. Unter der vorgenannte Prämisse fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

1. Die Grundbeleuchtung des Niederbronner Platzes erfolgt mit Leuchten der Firma Schréder, Modell "PROJEKT^{ONE}".

2. Die Beleuchtung der Sonderelemente (Bühne, Hochbeet) erfolgt mit den vorgestellten Leuchten der Fa. iGuzzini. Verwendet wird für die Beleuchtung der Bühne die kostengünstigere Variante mit Leuchtstoffröhren.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 5	Vergabe thermische Klärschlammbehandlung und -entsorgung

Sachvortrag:

In Kenntnis der Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 06.05.2009, Beschlussvorlage-Nr. 074/2009 sowie nach kurzen Ausführungen von Herrn Oberbürgermeister Kellerer fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss beschließt die thermische Klärschlammbehandlung und -entsorgung an die E.ON Kraftwerke GmbH, 30457 Hannover zu einer Gesamtauftragssumme von 1.527.246,00 € zu vergeben.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 6	Hamburger Manfred; Augsburger Straße 89, Fl.Nr. 81, Gemarkung Puch Freiflächengestaltung

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 01.07.2009, Beschlussvorlage-Nr. 102/2009 (Anlagen: Lageplan, Bilder von der Ortseinsicht, Auszug Freiflächenplan) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage. Nach Ausführungen von Herrn Kornacher sowie nach kurzer Aussprache von 2. Bürgermeister Schilling, 3. Bürgermeister Schmetz, Stadtrat Streifeneder und Stadträtin Fröhlich fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Vorbehaltlich der positiven Rückäußerung der zu beteiligenden Fachstellen, wie insbesondere der Unteren Naturschutzbehörde, wird dem Bauvorhaben gem. § 35 Abs. 2 und Abs. 4 Nr. 1 BauGB zugestimmt.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 7	**Kohl Wilhelm; Maisacher Straße 8, Flur-Nr. 248, Gemarkung Fürstenfeldbruck** **Antrag auf Vorbescheid zum Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses mit Erweiterung der bestehenden Tiefgarage**

Sachvortrag:

Herr Kornacher verdeutlich die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 25.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 132/2009 (Anlage: Ausschnitt aus Bebauungsplan-Nr. 5). **3. Bürgermeister Schmetz** hält eine Bebauung mit einem zur Straße hin orientierten Baukörper an der nördlichen Grundstücksgrenze mit Überbauung der Tiefgaragenzufahrt aus städtebaulicher Sicht durchaus für sinnvoll und regt an, dass die Verwaltung im Rahmen der Bauberatung dem Bauwerber diesen Weg vorschlagen sollte. Nachdem auch für Herrn Kornacher eine straßennahe Bebauung vorstellbar und prüfenswert ist, formuliert **Oberbürgermeister Kellerer** folgenden

geänderten Beschluss:

1. Dem Neubau eines Wohn- und Geschäfthauses mit Erweiterung der bestehenden Tiefgarage wie beantragt wird gemäß § 30 Abs. 1 BauGB nicht zugestimmt.

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Bauwerber und dem Planer zu prüfen, inwieweit eine straßenbegleitende Bebauung mit Überbauung der Tiefgaragenzufahrt möglich wäre.**

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 8	**Josef Oberberger;** **Maisacher Str. 2, Fl.-Nr. 259, Gem. FFB** **Vorbescheid zur Errichtung eines Gebäudes mit Tiefgarage**

Sachvortrag:

Herr Kornacher geht auf die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 17.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 112/2009 (Anlagen: Bebauungsplan Nr. 5, Lageplan) ein und verdeutlicht zum einen die Gründe, welche zur Ablehnung des beantragten Vorbescheides geführt haben. Zum anderen erklärt er, dass den erforderlichen Befreiungen für eine Baukörperkonfiguration gemäß Sachvortrag unter „Fazit“ zugestimmt werden kann. Da-

raufhin schlägt **Oberbürgermeister Kellerer** vor, mit dem Bauwerber bzw. Planer nochmals die im Sachvortrag aufgezeigte Lösung abzustimmen und formuliert folgenden

geänderten Beschluss:

1. Der vorgelegte Antrag auf Vorbescheid wird abgelehnt, da die Planung den durch den Bebauungsplan und durch die BayBO vorgegebenen Rahmen deutlich überschreitet und daraus resultierend die erforderlichen Befreiungen und Abweichungen nicht befürwortet werden können.

2. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Bauwerber und dem Planer zu prüfen, inwieweit eine gemäß Sachvortrag unter „Fazit“ aufgezeigte Lösung denkbar ist.**

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 9	**Schule Nord** **Grundsatzbeschluss Gesamtsanierung**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 25.06.2009 dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage. **Herr Kornacher** stellt in diesem Zusammenhang Herrn Faulstroh vor, der als neuer Leiter des Sachgebietes 45 / Technisches Immobilienmanagement seit ca. 3 Monaten bei der Stadt angestellt ist. Anhand der Sitzungsvorlage erläutert **Herr Faulstroh** ausführlich die Sanierungsmaßnahme und verdeutlicht im Rahmen einer Powerpointpräsentation die einzelnen Sanierungsabschnitte sowie die Kostenaufteilung. Das derzeit laufende VOF-Verfahren betreffend, erklärt Herr Faulstroh, dass heute mit drei am besten geeigneten Bietern Auftragsgespräche erfolgt sind und vom Ergebnis hierüber in der Stadtratsitzung am 28.07.2009 berichtet werden soll.

In den folgenden Wortmeldungen bedanken sich sowohl 2. Bürgermeister Schilling als auch 3. Bürgermeister Schmetz sowie Stadträtin Fröhlich beim Bauamt für die engagierte Arbeitsweise und die umfangreiche und ausführliche sowie gut nachvollziehbare Sitzungsvorlage. **2. Bürgermeister Schilling** bezeichnet das durch die energetischen Maßnahmen erzielte Einsparungspotenzial als interessant. **3. Bürgermeister Schmetz** bittet zudem darum, in Ergänzung zur Sitzungsvorlage die per Powerpointpräsentation gezeigten Unterlagen den Ausschussmitglieder nachzuliefern. Nachdem **Stadträtin Fröhlich** in dem Einsatz eines Projektsteuerer eine gute Investition sieht, spricht sich **Stadtrat Pötzsch** insbesondere positiv zum Thema Lüftung aus.

Beschluss:

1. Der oben dargestellten, zeitlich gestaffelten Gesamt- bzw. Generalsanierung der Schule Nord wird zugestimmt.

2. Die Darstellungen zu den Einzelthemen Schulküche, Sanitärsanierung BT A und Lüftung (Pkt. 3.4. des Vortrags) wurden zur Kenntnis genommen. Den Empfehlungen bzw. Vorschlägen des Sachgebietes 45 zu diesen Themen wird zugestimmt.

3. Der Oberbürgermeister wird autorisiert, nach Beendigung der Auswahlverfahren den Auftrag mit dem für die Objektplanung ausgewählten Architekten, die Aufträge für die Fachplaner und den Auftrag für die Projektsteuerung zu erteilen, so dass unmittelbar mit der weiteren Planung begonnen werden kann.

4. Das Sachgebiet 11 wird gebeten, eine Klärung zum Thema Ganztagesschule bis spätestens Mitte 2010 herbeizuführen.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 10	**57. Änderung des Flächennutzungsplanes - Ausweisung von Konzentrationsflächen für Kiesabbau und Grüngürtel im Brucker Norden Billigungsbeschluss**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 16.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 026/2009 (Anlagen: 57. FNP-Änderung Vorentwurf, Stellungnahmen der Öffentlichkeit, Stellungnahmen der Behörden, Themenkarte Kiesabbau zum vorläufigen Entwurf) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Nach Ausführungen von Herrn Kornacher und Frau Kneucker weist die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages betreffend **Herr Kornacher** darauf hin, dass die FNP-Änderung das „Datum der **Planungs- und Bauausschuss-Sitzung, den 16.07.2009**“ trägt und begründet dies mit der Geschäftsordnung, nach welcher der Billigungsbeschluss des Flächennutzungsplanes nicht im Stadtrat behandelt werden muss.

Beschluss:

Der Planungs- und Bauausschuss beschließt:

1. Die 57. Änderung des Flächennutzungsplanes "Ausweisung von Konzentrationsflächen für den Kiesabbau und Grüngürtel im Brucker Norden" wird mit den in der Sitzungsvorlage aufgezeigten Änderungen gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 bzw. § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, gegebenenfalls erforderliche redaktionelle Änderungen im Rahmen der Beschlusslage vorzunehmen. Die Flächennutzungsplanände-

rung trägt das Datum der **Planungs- und Bauausschuss-Sitzung, den 16.07.2009**.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die in der 57. Flächennutzungsplanänderung neu als Allgemeine Grünflächen dargestellten Flächen gemäß der Zielvorgabe des Landschaftsplans eine Strukturanreicherung durch mosaikartige Waldaufforstung, Schaffen von Magerstandorten und Feuchtebereichen zu bewirken und damit den Waldanteil zu erhöhen. Die Zielvorgabe mosaikartige Waldaufforstung bietet sich besonders für die Flächen zwischen Pucher Meer, dem Ortsteil Lindach und der Hasenheide an.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 11	**Sachantrag Nr. 46 / GUL (Deichenstegtrasse)**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 22.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 125/2009 (Anlagen: Sachantrag Nr. 44 GUL-Fraktion, Angebot Dorsch Consult vom 03.06.2009 dient den Mitgliedern des Planungs- und Bauausschusses als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Stangl unterstreicht in seiner Wortmeldung den Sachantrag seiner Fraktion und erhebt zum **Antrag**, **die Planfälle 1 und 3 ebenfalls in die Verkehrsuntersuchung einzubeziehen**. Der Antrag wird **mit 6 : 9 Stimmen abgelehnt**.

Beschluss:

Das Büro Dorsch Consult wird mit der Verkehrsuntersuchung des Planfalls 2 gemäß Angebot vom 03.06.2009 beauftragt.

Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 8
Damit ist der Beschluss abgelehnt.

TOP 12	**Sachantrag Nr. 44 - alternative Wiederherstellung des ehemaligen Amperbades**

Sachvortrag:

Die Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 24.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 128/2009 (Anlage. Sachantrag Nr. 44 von Stadtrat Ziegelmeier) dient den Ausschussmitgliedern als Diskussionsgrundlage.

Stadtrat Dr. Kainzinger betont, dass er keinesfalls gegen das Baden in der Amper ist, Allerdings haben Flussbäder in der heutigen Zeit leider an Attraktivität verloren, weshalb er bezweifelt, dass das Amperbad von der breiten Bevölkerung überhaupt angenommen wird. Seine Sorge als Mediziner habe ihn veranlasst, beim Gesundheitsamt bezüg-

lich der Wasserqualität nachzufragen, welches das Baden in der Amper als sehr problematisch sieht. **Oberbürgermeister Kellerer** hält es für unmöglich, das Amperbad den früheren Verhältnissen entsprechend wieder herzustellen und in das Schwimmbad zu integrieren. Nach Abklärung rechtlicher Bedenken wäre lediglich eine Öffnung der Liegewiese im Bereich des Beach-Volleyballplatzes denkbar. **Stadtrat Droth** erklärt, dass die Fraktion einer Zugänglichkeit diesen attraktiven Bereiches prinzipiell offen gegenübersteht, da zum einen der Fluss zur Identifizierung der Stadt gehöre und zum anderen das Wasser so sauber wie noch nie sei. Jedoch einen kompletten Freibadbereich wieder herzustellen sei auch im Hinblick auf die damit verbundenen Kosten nicht darstellbar. **Stadträtin Fröhlich** schließt sich ihrem Vorredner an, ebenso wie **3. Bürgermeister Schmetz**, welcher anstelle der Formulierung unter Ziff. 2 des Beschlussvorschlages „zu gegebener Zeit“ zumindest für einen Zwischenbericht eine Zeitvorgabe anregt. **Oberbürgermeister Kellerer** schlägt vor, „nach Beratung des Aufsichtsrates der Stadtwerke“ konkrete Maßnahmenvorschläge dem Ausschuss vorzulegen. **Stadtrat Streifeneder** trägt die von Dr. Kainzinger vorgebrachten Bedenken ebenso mit, allerdings müsse die emotionale und nostalgische Situation berücksichtigt werden und deshalb sollte ein Fluss wieder dem zugeführt werden, was es sein sollte, nämlich ein Badegewässer.

Ergänzter Beschluss:

1. Eine Wiederherstellung des Amperbades wird grundsätzlich befürwortet.

2. Die Verwaltung wird beauftragt zusammen mit den Stadtwerken, die Möglichkeiten einer teilweisen Wiederherstellung des Amperbades insbesondere auf der rechten Flussseite (u.a. Bereich Beachvolleyballplatz und ehemalige Liegewiese) und einer Reaktivierung des Pavillons zu prüfen und konkrete Maßnahmenvorschläge **nach Beratung im Aufsichtsrat der Stadtwerke** dem Ausschuss vorzulegen.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 13	**Widmung der Cerveteristraße zur Ortsstraße**

Sachvortrag:

In Kenntnis der Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 15.04.2009, Beschlussvorlage-Nr. 064/2009 (Anlagen: Schreiben Fa. WISUS v. 11.06.2007 mit Anlagen, Schreiben Staatl. Bauamt Freising vom 13.03.2009 mit Anlagen, Lageplan mit rot markierter Widmungsfläche, Luftbild) fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Cerveteristraße wird als Ortsstraße ohne Widmungsbeschränkungen gewidmet (rot markiert im beiliegenden Plan - Anlage 3).

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 14	Widmung Eigentümerweg Gartenstraße 12 und 14

Sachvortrag:

In Kenntnis der Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 18.05.2009, Beschlussvorlage-Nr. 077/2009 (Anlage: Lageplan mit Widmungsfläche) fasst der Ausschuss ohne Diskussion folgenden

Beschluss:

Der Weg auf Fl.Nr. 494/5, Gemarkung Fürstenfeldbruck, wird als Eigentümerweg ohne Widmungsbeschränkungen gewidmet (vgl. markierte Fläche im beiliegenden Plan – Anlage 1).

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 15	Widmung der Ortsstraßen im Bebauungsplan P 7; Korbinian-Penzl-Straße und Bürgermeister-Braumiller-Straße

Sachvortrag:

Ohne Wortmeldung und in Kenntnis der Sachverhaltsdarstellung des Bauamtes vom 09.06.2009, Beschlussvorlage-Nr. 108/2009 (Anlagen: Auszug aus dem Bebauungsplan P 7, Lageplan mit Widmungsfläche ergeht folgender

Beschluss:

1. Die Korbinian-Penzl-Straße, verlaufend auf den Fl.Nrn. 1125/20, 1125/21 und 1125/22, Gem. Puch, wird als Ortsstraße ohne Widmungsbeschränkungen gewidmet.

2. Die Bürgermeister-Braumiller-Straße, verlaufend auf den Fl.Nrn. 1125/11 und 1125/13, Gem. Puch, wird als Ortsstraße ohne Widmungsbeschränkungen gewidmet.

3. Der öffentliche Gehweg, verlaufend auf der Fl.Nr. 1125/5, Gem. Puch, wird als beschränkt-öffentlicher Weg mit der Widmungsbeschränkung „nur Fußgängerverkehr frei“ gewidmet.

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: 0

TOP 16	Bekanntgabe der verbeschiedenen Baugesuche

Die Ausschussmitglieder nehmen die auf dem Verwaltungsweg verbeschiedenen Baugesuche ohne Aussprache zur Kenntnis.

TOP 17	Verschiedenes

Zum Protokoll der letzten Planungs- und Bauausschuss-Sitzung vom 16.06.2009 merkt **Stadtrat Pötzsch** an, dass unter Verschiedenes, TOP 12 b) „Sanierung Klosterstüberl“ bezüglich der Mehrkosten die Aussage von Oberbürgermeister Kellerer, dass „die Mitglieder des Planungs- und Bauausschusses hierüber informiert werden“ nicht wiedergegeben wurde. Er bittet deshalb um entsprechende Ergänzung im Originalprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Sepp Kellerer beendet die Sitzung.

Sepp Kellerer
Oberbürgermeister

Ramona Schmid
Protokollführerin

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 073/2009

Betreff/Sach-antragsnr.	Sachantrag Nr. 43 Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks		
TOP - Nr.		öffentliche Tagesordnung	
AZ:	610-41/kn	Erstelldatum	05.05.2009
Verfasser	Kneucker Christine	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	41 Stadtplanung, Bauleitplanung, Verkehrsplanung	Abzeichnung OB:	

Beratungsfolge		Sitzungsstatus	Sitzungsdatum
1	Planungs- und Bauausschuss	öffentlich	16.07.2009

Anlagen:	❶ Sachantrag Nr. 43 Errichtung eines Spielplatzes im Stadtpark ❷ Sachantrag Nr. 45 Steigerung der Attraktivität des Stadtparks/Fitnesskonzept ❸ Übersichtsplan Spielplätze im Stadtgebiet

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Idee, im Stadtpark einen Spielplatz mit einzelnen Bewegungselementen einzurichten, planerisch weiter zu verfolgen und entsprechende Haushaltmittel einzustellen, sobald es die Haushaltssituation zulässt und die hiefür erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit herbei zu führen.

2. Flankierende Maßnahmen, wie offizielles Freigeben der Rasenfläche als Liegewiese und das Errichten von Picknickplätzen, werden nicht befürwortet.

3. Ein generationenübergreifender Bewegungsparcours an der beantragten Stelle (im Stadtpark) wird abgelehnt.

Referent/in	Fröhlich / FW	Zustimmung	
Referent/in		Zustimmung	
Referent/in		Zustimmung	

Umweltverträglichkeit geprüft			
Finanzielle Auswirkungen		Ja	
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		nein	0,00 €
Kosten lt. Beschlussvorschlag			0,00 €
Kosten der Gesamtmaßnahme		geschätzt	100.000 €
Folgekosten	Jährlich		€

Sachvortrag:

Sachantrag der SPD (s. Anlage 1)
Am 06.04.2009 ist bei der Stadt Fürstenfeldbruck der Sachantrag Nr. 43 von Frau Stadträtin Bille (SPD) eingegangen.
Die SDP beantragt die Errichtung eines Spielplatzes im Stadtpark sowie die Freigabe der Rasenflächen als Liegewiese und die Errichtung von Picknickplätzen. Sie möchte den nach ihrer Ansicht kaum genutzten Stadtpark für Familien attraktiver machen.

Sachantrag der CSU (s. Anlage 2)
Am 06.05.2009 ist der Sachantrag Nr. 45 von Herrn Stadtrat Droth bei der Stadt Fürstenfeldbruck eingegangen. Die CSU beantragt, dass der Stadtpark Bestandteil eines städtischen Freizeitrundweges wird. Hierzu sollen Bewegungsinseln im Stadtpark eingerichtet werden, die von allen Generationen genutzt werden können. Ziel ist der Stadtpark als "Bewegungspark der Generationen".

Reaktionen aus der Bevölkerung
Als Reaktion auf die Berichterstattung über den Sachantrag Nr. 43 in der örtlichen Presse hat ein Anwohner aus der Bullachstraße einen Brief an Herrn Oberbürgermeister Kellerer verfasst, in dem er sich kritisch zu dem Antrag der SPD äußert.
Nach seiner Auffassung handelt es sich beim Stadtpark um einen der wenigen Bereiche in der Stadt, wo man Ruhe und Erholung finden kann; Bürger, die genau dies suchen, nutzen den Park auch.
Der Verfasser des Briefes erklärt, dass im Umfeld des Parks nur wenige Kinder wohnen. Er hält es daher für wenig sinnvoll, einen Spielplatz mit quartiersübergreifender Bedeutung zu errichten, der zusätzlich Kinder aus anderen Stadtteilen anlockt.
Er befürchtet zusätzliche Schwierigkeiten, wenn es Jugendliche durch das Einrichten von Picknickplätzen vermehrt in den Stadtpark zieht. Bereits in der Vergangenheit kam es zu Konflikten, weil sich Jugendliche im Sommer bis nach Mitternacht lärmend im Stadtpark aufgehalten haben.
Die Rasenflächen im Stadtpark werden nach seinen Beobachtungen bereits jetzt, zumindest in geringem Umfang, als Liegewiese genutzt. Eine offizielle Freigabe der Rasenflächen als Liegewiese hält er daher für überflüssig. Der betreffende Anwohner wünscht sich vielmehr eine Grünflächenverordnung, die das Grillen und Bolzen verbietet.

Ist-Situation - Stadtpark
Bei dem Stadtpark handelt es sich um eine klassische Grünanlage. Er zeichnet sich durch einen alten, attraktiven Baumbestand aus. Gepflegte Rasenflächen wechseln sich mit Wechselflor-Pflanzungen ab. Entlang der Wege laden Bänke zum Verweilen ein. Abwechslung bieten das von der Schachabteilung des TuS genutzte Freiland-Schach und der Brunnen. Insgesamt weist der Stadtpark einen ruhigen und eher repräsentativen Charakter auf.
Es gibt keine Vorschrift, welche die Nutzung der Rasenflächen als Liegewiese untersagt. Auch ein Schild, welches Ballspielen im Stadtpark verbietet, wurde im Herbst 2008 entfernt.
Durch den Park verläuft eine für Fußgänger und Radfahrer wichtige Verbindung zwischen Innenstadt und Kloster.

Ist-Situation - Grünanlagen im Stadtgebiet
Die beiden bedeutenden Grünanlagen in der Nähe des Stadtzentrums sind der oben beschriebene Stadtpark und der Park am Marthabräuweiher. Bislang haben beide Parks einen ähnlich ruhigen Charakter.
Der Park am Marthabräuweiher ist derzeit im nördlichen Teil mit den Tennisplätzen, dem Spielplatz an der Frühlingsstraße und dem Bolzplatz auf den ehemaligen Sportflächen des Graf-Rasso-Gymnasiums schon der lebhaftere Park mit mehr Angeboten für eine aktive Freizeitgestaltung.
Dieser aktive, lebhafte Charakter würde sich voraussichtlich verstärken, sofern die Deichenstegtrasse gebaut wird und der Park am Marthabräuweiher entsprechend dem Entwurf des Büros Brenner umgestaltet wird. Der Entwurf sieht den Erhalt des Spielplatzes an der Frühlingsstraße, die Verlagerung des Bolzplatzes zum Spielplatz hin und weitere Freizeitangebote für Jugendliche (z.B. Kletterwand oder Streetballplatz) vor. Die ruhigen Parkbereiche werden in den Hintergrund treten. Der Stadtpark wäre letztlich der einzige Park, in dem die Bürger Ruhe finden können.

Ist-Situation - Spielplätze im Stadtgebiet (s. Anlage 3)
Der Übersichtsplan zu den Spielplätzen im Stadtgebiet, welcher Bestandteil der Flächennutzungsplan-Neuaufstellung ist, zeigt deutlich, dass in Fürstenfeldbruck die Versorgung mit Spielplätzen in den Randbereichen der Stadt in der Regel zufrieden stellend ist. Er zeigt aber auch, dass u. a. in den Bereichen nördlich der Amper zwischen "Landsberger Straße" und "Augsburger Straße" sowie südlich der Amper und nördlich der "Oskar-von-Miller-Straße" zwischen "Münchner Straße" und Stadtpark Defizite bestehen.
Der Stadtpark liegt demnach in einem Bereich mit Defiziten bei den öffentlichen Spielplätzen. Die nächstgelegenen Spielplätze befinden sich am Kloster und an der Frühlingsstraße.

Bewertung
An den Stadtpark werden unterschiedliche Ansprüche gestellt, die sich teilweise in den beiden Sachanträgen widerspiegeln. Diese Ansprüche (z. B. Ruhe und Erholung, Kinderspielplatz, Fitnessparcours) müssen, sofern sie nicht miteinander in Einklang gebracht werden können, gegeneinander abgewogen werden.

Es erscheint sinnvoll den Charakter des Stadtparks nicht grundsätzlich zu verändern, da es sich um die einzige städtische Grünanlage handelt, die vorwiegend der Ruhe und der Erholung dient. Der Park am Marthabräuweiher weist bereits derzeit eine höhere Freizeitfunktion auf, die sich, falls die Deichenstegtrasse gebaut und der Park nach dem Entwurf des Büros Brenner umgestaltet wird, noch verstärken wird.

Der Vorschlag, im Bereich des Stadtparks einen Spielplatz zu errichten, wird grundsätzlich positiv erachtet. Er sollte sich auf einen Bereich des Stadtparks beschränken, damit die übrigen Teile unberührt bleiben. Ein Spielplatz kann sich je nach Gestaltung in die Grünanlage einfügen. Ein naturnaher Spielplatz mit Bodenmodellierungen, sollte an dieser Stelle im Stadtgebiet jedoch nicht in Betracht gezogen werden, da das eher "unordentliche" Erscheinungsbild eines solchen Spielplatzes sich nicht in den repräsentativen Charakter des Stadtparks einfügt. Vorstellbar wäre z.B. ein barrierefreier Spielplatz, der von Jung und Alt genutzt werden kann. Ob im Hinblick auf den Kanal an der Westseite des Parks auf eine Einzäunung verzichtet werden kann, muss noch

geklärt werden. Aus Sicherheitsgründen und wegen der Hygiene ist eine Verbindung des Spielplatzes mit dem Brunnen nicht zu empfehlen.

Alternativ wurde von der Verwaltung geprüft, ob es nicht möglich wäre, den Stadtpark ganz unberührt zu lassen und dafür am Wittelsbacher Platz einen Spielplatz anzulegen. Von diesem Gedanken wurde jedoch wieder Abstand genommen. Auf Grund der Nähe zu den bestehenden Wohngebäuden wäre bei einem Spielplatz mit einer übergeordneten Funktion für das südliche Stadtgebiet aller Wahrscheinlichkeit nach mit erheblichen Konflikten durch die Geräusche spielender Kinder zu rechnen.

Die Idee, einen generationenübergreifenden Fitnessparcours zu errichten ist grundsätzlich interessant. Der Stadtpark scheint jedoch nicht der richtige Ort für ein solches Projekt zu sein. Der Stadtpark würde mit der Vielzahl der Bewegungsinseln überfrachtet, und sein Charakter würde sich grundsätzlich ändern.
Es sollte nach Möglichkeit vermieden werden, dass sich der Schwerpunkt des Stadtparks von einer Grünanlage, die der Ruhe und der Erholung dient, hin zu einer Art "Freiluft-Fitnessstudio" verschiebt.
Es ist jedoch denkbar, dass einzelne Elemente des Fitnessparcours, bzw. einer Bewegungsinsel in den Spielbereich für Jung und Alt eingebunden werden können.

In Bezug auf das Thema Liegewiese schlägt die Verwaltung vor, die bestehende Situation zu belassen. Eine maßvolle Nutzung des Rasenflächen als Liegewiese soll toleriert werden, ohne eine ausdrückliche Erlaubnis zu erteilen oder Verbote auszusprechen.

Ein ähnliches Vorgehen wird in Bezug auf die beantragten Picknickplätze vorgeschlagen. Solange sich das Picknicken auf den Rasenflächen in Maßen hält, soll von Regelungen, Freigaben und Verboten abgesehen werden. Auf spezielle Angebote und Einrichtungen wie Tische und Bänke oder gar Grillstellen sollte jedoch verzichtet werden, da das Konfliktpotenzial im Stadtpark sonst unnötig erhöht würde. Die Erfahrung zeigt, dass bestimmte Angebote auch unerwünschte Nutzungen nach sich ziehen. Es muss damit gerechnet werden, dass das Aufstellen von Tischen und Bänken dazu führt, dass sich auch am späten Abend und in der Nacht Leute im Park aufhalten und Lärm verursachen.
Ein weiterer Grund auf Picknickplätze zu verzichten, besteht darin, dass Picknickplätze häufig den Wunsch nach Grillstellen nach sich ziehen. Grillen kann im Stadtpark jedoch aus verschiedenen Gründen (Brandgefahr bei Trockenheit, Geruchsbelästigungen der Anwohner, Brandflecken im Rasen) nicht zugelassen werden. Selbst wenn keine öffentlichen Grillstellen eingerichtet und nur Tische und Bänke aufgestellt werden, muss davon ausgegangen werden, dass die Besucher ihren Grill (häufiger) mitbringen.
Nachdem der Verwaltung, auch ohne ein ausdrückliches Verbot, bislang keine Probleme bekannt sind, der Anwohner aus der Bullachstraße jedoch bereits eine Grünflächenverordnung fordert, die das Grillen verbietet, sollte die Situation nicht verschärft werden.

Zudem wäre bei einer intensiveren Nutzung durch die oben beschrieben Angebote (über die Spielplatzpflege hinaus) mit einem erhöhten Pflegeaufwand für den Stadtpark zu kalkulieren, was bei den Personalkapazitäten und den Kosten im Bauhof zu Buche schlägt.

Kosten
Die Kosten für einen neuen Spielplatz im Stadtpark sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwer abzuschätzen, da sie stark von Größe und Ausstattung des Spielplatzes abhängig sind. Um einen Vergleichswert anzubieten, hier nochmals die Kosten für den Spielplatz an der Dianastraße: ca. 200.000 € brutto inkl. Planung jedoch ohne Grunderwerb. Die Kosten für einen Spielplatz im Stadtpark würden wahrscheinlich unter diesem Wert liegen, da allein für den Kunststoffbelag am Spielplatz Dianastraße knapp 40.000 € brutto angefallen sind.

Die Gesamtkosten für den Bewegungspark der Generationen gemäß der Auflistung des Antragstellers entsprechen brutto ca. 101.100 €.

Die diesjährigen Haushaltsansätze und die Haushaltssperre lassen die Planung und den Bau eines neuen Spielplatzes im Jahr 2009 nicht zu.
Voraussetzung für die Neuanlage eines Spielplatzes ist ein positiver Beschluss sowie die Bewilligung der Mittel. Mit der Realisierung ist frühestens 2010 zu rechnen.

Fazit
Die Neuanlage eines Spielplatzes im Stadtpark wird grundsätzlich positiv bewertet. Es handelt sich jedoch nicht um ein Projekt, das vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage höchste Priorität besitzt.
Weitere Maßnahmen in Richtung Liegewiese und Picknickplätze sind aus den oben angeführten Gründen entweder nicht erforderlich oder nicht sinnvoll und sollten daher auch nicht weiter verfolgt werden.
Das gleiche gilt für den Bewegungspark der Generationen, der an der beantragten Stelle aus stadtplanerischen Gründen nicht befürwortet wird.

Abschließend kommt das Stadtbauamt zu dem auf Seite 1 formulierten Beschlussvorschlag.

Bereits gefasste Beschlüsse:

Beschluss am 16.06.2009 durch Planungs- und Bauausschuss

TOP 8	**Sachantrag Nr. 43 Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks**

Beschluss am 16.07.2009 durch Planungs- und Bauausschuss

TOP 2	**Sachantrag Nr. 43 Sachantrag Nr. 45 Attraktivitätssteigerung des Stadtparks**

<u>geänderten Beschluss:</u>

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Idee, im Stadtpark einen Spielplatz mit einzelnen Bewegungselementen einzurichten, planerisch weiter zu verfolgen und

entsprechende Haushaltmittel einzustellen, sobald es die Haushaltssituation zulässt und die hiefür erforderlichen Beschlüsse zu gegebener Zeit herbei zu führen.

2. Flankierende Maßnahmen, wie offizielles Freigeben der Rasenfläche als Liegewiese und das Errichten von Picknickplätzen, werden nicht befürwortet.

3. **Die Verwaltung wird beauftragt, einen generationsübergreifenden Bewegungsparcour an der beantragten oder an einer anderen Stelle sowie einen Freizeitrundweg im Rahmen eines Gesamtkonzeptes auszuarbeiten und dem Ausschuss erneut vorzustellen.**

Ja-Stimmen:	**14**
Nein-Stimmen:	**0**

(Stadtrat Probst ist bei der Abstimmung noch nicht anwesend.)

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3721/2025

35. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sachantragsnr.	Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	SG 44	Erstelldatum	29.09.2025
Verfasser	Viehbeck, Georg	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	44 Städtischer Tiefbau, Kläranlage	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	29.10.2025	Ö

Anlagen:	Anlage 1: Auszug aus Sitzung v. 10.05.2025 Anlage 2: Niederschrift 1. Fachbeiratssitzung v. 12.12.2023 Anlage 3: Niederschrift 2. Fachbeiratssitzung v. 16.04.2024 Anlage 4: Auszug aus Sitzung vom 09.07.2025 Anlage 5: Entwurfsplanung Anlage 6: Entwurfsplanung Anlage 7: Anfrage Seniorenbeirat v. 23.09.2025

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt,

1. die Errichtung des Stegs von der Schöngeisinger Straße 47 zur Lände gemäß der im Rahmen der Sitzung vorgestellten Entwurfsplanung (Anlage 5 & 6).

2. aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, das Bauwerk in Baustahl mit Korrosionsschutz auszuführen. Die voraussichtlichen Baukosten belaufen sich dabei auf ca. 560.000,00 € (brutto).

3. die Anbindung des Stegs auf Seiten der Lände mit Hilfe einer Treppenanlage zu realisieren.

4. die Verwaltung mit der Ausschreibung der Maßnahme zu beauftragen und das Submissionsergebnis zur Vergabe der Bauleistung vorzulegen.

Refe-rent/in	Pötzsch/SPD	Verkehr,Tiefbau	Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		650.000,- €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag		Ja		560.000,- €
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				€
Folgekosten				€

Sachvortrag:

Historie

Die Errichtung des Stegs von Schöngeisinger Str. 47 zur Lände wurde bereits in mehreren Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau thematisiert.

Erstmals wurde das Thema in der 19. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau am 10.05.2023 beraten. Im Rahmen der Sitzung wurde der seitens der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss einstimmig und ohne Änderungen gefasst (Anlage 1). Um die Möglichkeit einer Förderung durch die Regierung von Oberbayern zu wahren, wurde die Entscheidung über die Gestaltung des Bauwerks, als besonders wichtiges Kriterium, an einen Fachbeirat übergeben. Die in der Sitzung genannte Kostenobergrenze wurde mit 450.000,00 € (brutto) angegeben.

Nachdem die vertragliche Grundlage zur Errichtung des Bauwerks einen gewissen Interpretationsspielraum zur Anbindung des Bauwerks auf dem Privatgrundstück von Schöngeisinger Str. 47 ließ, wurde in der 22. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau am 29.11.2023 erneut beraten. Dabei wurde beschlossen, dass mit dem Eigentümer eine Einigung erzielt werden soll, auch wenn dies bedeutet, dass das Bauwerk zumindest auf einer Seite lediglich mit einer Treppe angebunden werden kann und der mögliche Förderanteil im Rahmen der Städtebauförderung (Stichwort: Barrierefreiheit als Fördervoraussetzung) reduziert wird.

Im Rahmen der ersten Fachbeiratssitzung (Anlage 2) am 12.12.2023 wurden die in der 19. Sitzung des UVT unter Beteiligung einer Vertreterin der Regierung von Oberbayern als möglicher Fördermittelgeber ausführlich diskutiert. Schließlich kam man zu dem Schluss, dass, um die gewünschte Gestaltung des Bauwerkes zu erreichen, die zusätzliche Einbindung eines Architekturbüros erforderlich ist.

Bevor die Verwaltung ein Architekturbüro mit der Überarbeitung der präsentierten Vorentwürfe beauftragen konnte, die in der zweiten Sitzung des Fachbeirats am 16.04.2024 (Anlage 3) vorgestellt werden sollten, wurde eine mögliche Förderung des Projekts durch die Regierung von Oberbayern mit Verweis auf die fehlende barrierefreie Anbindung endgültig abgelehnt.
Als Resultat der zweiten Fachbeiratssitzung wurde die von Herrn Dahlmeier präsentierte Fachwerkkonstruktion mit Rundstahlprofilen, metallischer Ausfachung und metallischem Belag als Vorzugsvariante festgelegt und schließlich als Entwurfsplanung ausgearbeitet.

Die ausgearbeitete Entwurfsplanung wurde noch vor Einreichung des Antrags auf wasserrechtliche Genehmigung dem Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau im Rahmen der 33. öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzung am 09.07.2025 als mündlicher Bericht präsentiert (Anlage 4). Die in der Sitzung angegebenen Baukosten betragen in Abhängigkeit des verwendeten Materials rund 560.000,00 € (Baustahl mit Korrosionsschutz) bzw. rund 670.000,00 € (wetterfester Baustahl).

Das in der Sitzung abgefragte Stimmungsbild zur Anbindung der Konstruktion wurde im Rahmen des Antrags auf wasserrechtliche Genehmigung aufgegriffen und die Unterlagen entsprechend überarbeitet und eingereicht. Die Verbescheidung wird noch im Oktober erwartet.

Erklärung zur Beschlussfassung

Gemäß notarieller Vereinbarung muss der Oberbürgermeister bis Ende dieses Jahres gegenüber dem Eigentümer von Schöngeisinger Str. 47 erklären, dass sämtliche Voraussetzungen (Beschlüsse, Genehmigung) zur Errichtung des Bauwerkes erfüllt sind. Das Bauwerk muss dann bis Ende des Jahres 2027 errichtet werden.

Aufgrund der Überschreitung des in der Sitzung vom 10.05.2023 beschlossenen Kostenrahmens in Höhe von 450.000,00 €, soll die Umsetzung des Bauwerkes auf Grundlage der vorgestellten Entwurfsplanung (Anlage 5 & 6) erneut formal beschlossen werden.

TOP Ö 6

Auszug
aus der Niederschrift über die
19. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
vom 10.05.2023

Vorsitzender, 2. Bürgermeister:
Herr Christian Stangl;

Ausschussmitglieder:
Herr Adrian Best; Herr Albert Bosch; Herr Thomas Brückner; Herr Quirin Droth; Herr Jan Halbauer; Herr Franz Höfelsauer; Herr Martin Kellerer; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Frau Irene Weinberg; Frau Dr. Alexa Zierl;
Vertreter/in:
Herr Karl Danke; Herr Dr. Andreas Rothenberger;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 3	Errichtung Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3006/2023 vom 18.04.2023 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Herr Niederwald vom Planungsbüro Suess-Staller-Schmitt stellt sich dem Gremium vor und berichtet über die Entwurfsgrundlagen sowie über weitere Grundlagenermittlungen. Es sind noch einige Fragen offen, die noch geklärt werden müssen.

Die Brücke darf nur eine Breite von 2 Meter haben. Außerdem muss beachtet werden, dass ein einzuhaltender Freibord – Bereich zwischen Hochwasserspiegel und unterer Kante der Brücke – mindestens 1 Meter betragen muss, damit das Treibgut unter der Brücke noch durchschwimmen kann. Deshalb muss die Brücke höher angesetzt werden und dadurch werden sehr wahrscheinlich Treppen erforderlich.

Das Gremium monierte dies, da man ja barrierefrei bauen sollte.

Herr Niederwald erklärt hierzu, dass bei der Planung der Brücke weiterhin an die Fußgänger, die Barrierefreiheit und Radfahrer gedacht wird. Für eine Rampe fehle aber der Platz. Dazu müsste man nochmals mit dem Grundstücksbesitzer sprechen, damit man diese Rampe mit mehr als 20 Meter Länge noch bauen könnte, die hierfür dann erforderlich wäre.

Herr Stadtrat Brückner bitte nochmal darum, dass für die Radfahrer der Übergang frei ist.

Außerdem möchte er noch wissen, ob es möglich wäre, dass beide Brücken (bei Aumühle) gleich gestaltet werden.

Herr Stadtrat Brückner schlägt vor, dass man evtl. eine Zugbrücke bauen könnte.

Dies wird vom Planungsbüro geprüft.

Herr 2. Bürgermeister Stangl möchte noch kurz erwähnen, dass der Rahmenplan so gestaltet wurde. Aus städtebaulicher Sicht ist es aber so, dass die Stadt eine historische Amperbrücke hat, die erhaltenswert ist. Auf die Gestaltung muss wert gelegt werden, da die Brücke in Sichtweite vom Silbersteg sein wird.

Herr Stadtrat Pötzsch bittet ebenfalls darum, dass auf die Gestaltung geachtet wird. Es dürfte kein Problem sein, auf der Bauhofseite die Brücke barrierefrei zu planen. Auf der anderen Seite ist es schwieriger, aber trotzdem wäre es machbar, mit einer gewissen Rampe zu arbeiten. Zumindest könnte man Räder hochschieben oder evtl. auch Rollstuhlfahrer. Außerdem bittet er darum, dass die Brücke nicht nur 2 Meter, sondern mindestens 2,5 bis 3 Meter breit sein sollte.

Herr Niederwald verspricht, dass dieses Thema auf jeden Fall mit in die Planung aufgenommen wird und versucht wird, dass die Brücke barrierefrei wird.
Herr 2. Bürgermeister Stangl bittet darum, mit den Grundstückseigentümern nochmal in Verhandlungen zu treten.

Das Gremium kam zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt in enger Abstimmung mit der Förderbehörde (Regierung von Oberbayern) und unter Beachtung der wasserwirtschaftlichen Vorgaben, die weiteren Planungsschritte abzuarbeiten und die Ausschreibung für die Maßnahme durchzuführen. Ziel soll sein, die Baumaßnahme im Jahr 2024, jedoch spätestens im Oktober 2025 abzuschließen.

2. Die Gestaltung des Brückenbauwerkes wird unter Beteiligung des Fördermittelgebers durch einen Fachbeirat festgelegt. Die Zusammensetzung des Fachbeirats wurde noch nicht festgelegt. Die Beteiligung folgender Vertreter ist angedacht:
   - Oberbürgermeister
   - Vertreter der Fraktionen
   - Bauamtsleiter
   - Vertreter der Verwaltung
   - Vertreter des Planungsbüros
   - Eigentümer Schöngeisinger Str. 47

3. Um eine termingerechte Fertigstellung der Baumaßnahme zum Ablauf der im Vertrag vom 31.10.2005 festgelegten Frist von 20 Jahren zu gewährleisten, wird zur Realisierung der Umbaumaßnahme ein Projektbeschluss gefasst.

4. Der Oberbürgermeister o. V. i. A. wird ermächtigt, auf Grundlage der Ergebnisse des Vergabeverfahrens die entsprechenden Verträge abzuschließen und die Aufträge zu vergeben.

40

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 13.07.2023

Christine Hess
Schriftführerin

gez. Erich Raff
Oberbürgermeister

41

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3006/2023

19. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sachantragsnr.	Errichtung Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände		
TOP - Nr.	Ö5	Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	SG 44	Erstelldatum	18.04.2023
Verfasser	Viehbeck, Georg	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	44 Städtischer Tiefbau, Kläranlage	Abzeichnung OB: i.V.	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	10.05.2023	Ö

Anlagen:	- Kostenaufstellung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt in enger Abstimmung mit der Förderbehörde (Regierung von Oberbayern) und unter Beachtung der wasserwirtschaftlichen Vorgaben, die weiteren Planungsschritte abzuarbeiten und die Ausschreibung für die Maßnahme durchzuführen. Ziel soll sein, die Baumaßnahme im Jahr 2024, jedoch spätestens im Oktober 2025 abzuschließen.

2. Die Gestaltung des Brückenbauwerkes wird unter Beteiligung des Fördermittelgebers durch einen Fachbeirat festgelegt. Die Zusammensetzung des Fachbeirats wurde noch nicht festgelegt. Die Beteiligung folgender Vertreter ist angedacht:
   - Oberbürgermeister
   - Vertreter der Fraktionen
   - Bauamtsleiter
   - Vertreter der Verwaltung
   - Vertreter des Planungsbüros
   - Eigentümer Schöngeisinger Str. 47

3. Um eine termingerechte Fertigstellung der Baumaßnahme zum Ablauf der im Vertrag vom 31.10.2005 festgelegten Frist von 20 Jahren zu gewährleisten, wird zur Realisierung der Umbaumaßnahme ein Projektbeschluss gefasst.

4. Der Oberbürgermeister o. V. i. A. wird ermächtigt, auf Grundlage der Ergebnisse des Vergabeverfahrens die entsprechenden Verträge abzuschließen und die Aufträge zu vergeben.

Referent/in		Pötzsch / SPD	Ja/Nein/Kenntnis	Kenntnis
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Referent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen		Ja		
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung				
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag			ca. 450.000 €	
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme				
Folgekosten				

Sachvortrag:

Einleitung

Aufgrund eines Notarvertrags vom 31.10.2005 hat die Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck das Recht, einen Steg für Fußgänger und Radfahrer auf einer Breite von maximal zwei Metern, auf dem Privatgrundstück Schöngeisinger Str. 47 zu verankern. Der Steg soll dabei den Innenstadtbereich mit der Amperinsel „Auf der Lände" verbinden. Laut Notarvertrag muss der Steg bis Ende Oktober 2025 errichtet werden, da ansonsten das Recht zur Errichtung erlischt.

Planungsstand

Im Rahmen einer Ausschreibung wurde das Ingenieurbüro Suess-Staller-Schmitt mit den Planungen der Leistungsphasen 1-4 für die Errichtung des Bauwerkes von Schöngeisinger Str. 47 auf die Lände beauftragt.

Der Planungsauftrag besteht darin, einen Steg für Fußgänger und Radfahrer mit einer maximalen Breite von zwei bis drei Metern und einer Länge von ca. 25 Metern, zu planen. Der genaue Verankerungspunkt auf Seiten Schöngeisinger Str. 47 ist mit dem Eigentümer der Liegenschaft abzustimmen. Die Verankerung auf dem Privatgrundstück ist dabei möglichst platzsparend auszuführen und darf die notariell festgelegte Verankerungsbreite von zwei Metern nicht überschreiten. Die bestehende Ufermauer soll, um eine mögliche Unterhaltspflicht auszuschließen, nicht mit überplant werden und erhalten bleiben. Der Steg ist nach Möglichkeit so zu planen, dass dieser barrierefrei ist und durch Radfahrer und Fußgänger gleichermaßen genutzt werden kann.

Das beauftragte Planungsbüro wird in der Sitzung vertreten sein und den aktuellen Planungsstand vorstellen.

<u>Wasserrechtliche Vorgaben</u>
In einem Abstimmungsgespräch mit dem Wasserwirtschaftsamt München konnten erste Vorgaben bzgl. der Errichtung des Bauwerkes abgefragt werden:

So wurde der einzuhaltende Freibord (Abstand HQ100-Linie zur UK Konstruktion) auf 1,0 m festgelegt. Eine Abweichung auf ein Mindestmaß von 0,5 m ist bei entsprechend stichhaltiger planerischer Begründung denkbar.
Unter Einhaltung eines Freibords von 0,5 m auf nördlicher Uferseite und unter Verwendung einer schlanken Konstruktion befindet sich die Oberkante des Brückenbelages ca. 1,2 m über dem Niveau des Geländes von Schöngeisinger Str. 47.

Nachdem ein großer Teil des Parkplatzes von Schöngeisinger Str. 47 im ausgewiesenen Überschwemmungsgebiet liegt, handelt es sich bei der Anbindung des Stegs um „Bauen im Überschwemmungsbereich". Für die Anbindung des Steges ist daher zum einen das Retentionsvolumen auszugleichen und zum anderen ein Nachweis zu führen, dass durch die Herstellung eines Einbaus quer zur Fließrichtung keine nachteiligen Auswirkungen für Andere entstehen. Für die Erbringung dieses Nachweises wird die Durchführung einer hydraulischen Modellierung erforderlich. In Abhängigkeit des Ergebnisses der hydraulischen Modellierung muss dann die Planung angepasst werden. Dieser iterative Prozess läuft in enger Abstimmung mit dem WWA.

Anbindung Schöngeisinger Str. 47

Nachdem durch die wasserrechtlichen Vorgaben eine große Höhendifferenz zwischen Parkplatz und Höhe des Brückenbelags entsteht, muss eine entsprechende Anbindung durch Anrampung oder Errichtung einer Treppe geschaffen werden. Hierzu existiert keine vertragliche Vereinbarung, weshalb diese Fragestellung in Abstimmung mit dem Eigentümer geklärt werden muss. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten erscheint eine barrierefreie Anbindung des Stegs nicht umsetzbar.

Fördermöglichkeiten

Nach Abfrage bei den zuständigen Stellen besteht prinzipiell die Möglichkeit das Projekt im Rahmen der Städtebauförderung durch die Regierung von Oberbayern fördern zu lassen. Die bisher beauftragten Planungsleistungen bis einschließlich Leistungsphase 4 wirken dabei nicht förderschädlich.

Fördervoraussetzung für eine Förderung ist neben einer möglichst barrierefreien bzw. barrierearmen Gestaltung unter anderem die besondere Berücksichtigung der Gestaltung. Die Verwaltung steht hier in enger Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern.

Der Forderung der besonderen Berücksichtigung der Gestaltung soll insofern nachgekommen werden, dass die vom Planungsbüro vorgelegten Entwürfe durch einen Fachbeirat in gestalterischer Hinsicht bewertet werden. Die gestalterische Umsetzung der Maßnahme erfolgt anschließend der Bewertung des Fachbeirats folgend.

Die Zusammensetzung des Fachbeirates soll im Rahmen der Sitzung beschlossen werden. Die Verwaltung hat hierzu einen entsprechenden Vorschlag unterbreitet.

47

Kostenzusammenstellung

Die vorläufigen Gesamtkosten dieser Maßnahme sind angehängter Kostenaufstellung zu entnehmen und belaufen sich nach einer ersten Grobkostenschätzung auf rund 450.000,00 €.

22-3422
Neubau Fußgängerbrücke über die Amper BW 15, Fürstenfeldbruck

Grobe Abschätzung der Kostenobergrenze
Stand: 18.04.2023

Brückenbauwerk	Pos.	KGR			Bemerkung
	Gründung	300			abhängig von Baugrund (Baugrundgutachten liegt noch nicht vor), bestehender Ufermauer etc.
	Widerlager	300			voraussichtlich in Stahlbeton, Konstruktion abhängig von möglicher Gründungsart
	Überbau	300			Lage im Grundriss noch mit Grundstückseigentümer abzustimmen (Spannweite!) Konstruktion abhängig von Gestaltungsanforderungen
	Treppenanlagen	300			Konstruktion abhängig von Anforderungen aus Hochwasserschutz (hydraulische Modellierung)
	Geländer	300			Konstruktion abhängig von Gestaltungsanforderungen
				250.000 €	
Unvorhergesehenes			20%	50.000 €	z.B. Baugrund, Einfluss bestehender Ufermauer, Anforderungen Hochwasserschutz
				300.000 €	
Planung		700	25%	75.000 €	
Summe (netto)				**375.000 €**	
Mehrwertsteuer			19%	71.250 €	
Summe (brutto)				**446.250 €**	
		Gesamtkosten (gerundet):		**450.000 €**	

Stadt Fürstenfeldbruck
Bauamt SG 44
Abteilung Tiefbau

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Niederschrift über:	**Fachbeirat zur Gestaltung Neubau Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände**	
Ort:	**Niederbronnerweg 3, Besprechungsraum E09**	
Datum:	**12.12.2023**	
Verfasser:	**Herr Viehbeck**	
Verteiler:	**wie Teilnehmer, Herr Lohde**	
Versand:	**am 19.12.2023, siehe Verteiler**	
Teilnehmer:	**Herr Götz**	**Oberbürgermeister / BBV**
	Herr Stangl	**Zweiter Bürgermeister / Grüne**
	Herr Pötzsch	**Verkehrsreferent / SPD**
	Frau Zierl	**Vertreterin der kleinen Fraktionen / ÖDP**
	Herr Droth	**Stadtrat / Freie Wähler**
	Herr Balda	**Balda Architekten GmbH**
	Frau Wagner	**ROB Städtebauförderung**
	Herr Dachsel	**Amtsleiter Amt 4**
	Herr Walleit	**Sachgebietsleitung SG 43**
	Frau Wolter	**Sachbearbeiterin SG 41**
	Herr Niederwald	**Suess-Staller-Schmitt Ingenieure**
	Herr Viehbeck	**Sachbearbeiter SG 44**

Anlass/Bemerkung:

Fachbeiratssitzung zur Gestaltung des geplanten Stegs von der Schöngeisinger Str. 47 zur Lände.

Punkt	Thema	Veranlasser Termin
1	**Begrüßung und Veranlassung** Der Oberbürgermeister Herr Götz begrüßte alle Mitglieder des Fachbeirates und bedankte sich für die Teilnahme. Er erläuterte, dass das Gremium einberufen wurde, um die Gestaltung des geplanten Stegs von der Schöngeisinger Str. 47 zur Lände zu diskutieren. Die Veranstaltung dient als Ersatz für einen Wettbewerb und hat das Ziel eine möglichst ansprechende Gestaltung des Stegs zu erreichen, damit dieser im Rahmen der Städtebauförderung bezuschusst werden kann. Herr Götz führte aus, dass der heutige Termin als Hauptveranstaltung angedacht ist. Ziel ist demnach eine beschlussfähige Gestaltung zu erarbeiten.	

2	**Präsentation Suess-Staller-Schmitt Ingenieure** Das Büro Suess-Staller-Schmitt wurde durch die Stadt Fürstenfeldbruck mit der Objekt- und Tragwerksplanung (Leistungsphase 1 – 4) des o.g. Bauwerkes beauftragt. Im Rahmen des geschlossenen Ingenieurvertrags wurde die „Förderfähigkeit im Rahmen der Städtebauförderung" als gestalterisches Ziel vereinbart. Herr Niederwald als Vertreter des Planungsbüros stellte die Randbedingungen und die daraus resultierenden bisherigen Planungen im Rahmen einer Präsentation vor. Zur Einordnung der Resultate gab er zu bedenken, dass die Bearbeitung durch einen Bauingenieur erfolgt ist und die Orientierung der Entwürfe dementsprechend sachlich und funktional sind.	
3	**Randbedingungen** Zunächst wurden die engen Randbedingungen und Vorgaben durch Herrn Niederwald dargelegt: <u>Ufermauer:</u> Im Gründungsbereich auf Seiten des Privatgrundstückes befindet sich eine Ufermauer unbekannter Herkunft. Planungsvorgabe der Stadt war die Gründung des Stegs statisch unabhängig von der vorhanden Ufermauer auszuführen. Herr Niederwald erklärte, dass dies mit der geplanten Tiefgründung technisch zu lösen ist. Seitens der Fachbeiratsmitglieder wurde nach der genauen Höhe der Ufermauer gefragt und die Vermutung angestellt, dass es sich hierbei um eine Hochwasserschutzeinrichtung handelt. Herr Niederwald führte aus, dass der Bemessungswasserstand im Hochwasserfall (HQ 100) deutlich über der Ufermauer liegt und es sich damit bei der gesamten privaten Parkfläche um festgelegtes Überschwemmungsgebiet handelt. Möglich wäre, dass der HQ 100-Wert im Jahr der Errichtung der Ufermauer geringer war und die Mauer daher entsprechend niedriger dimensioniert wurde. Herr Götz erläuterte, dass die Mauer zum jetzigen Zeitpunkt keine wasserwirtschaftliche Funktion hat und die Zuständigkeit des Unterhalts ungeklärt ist. Nachdem die Stadt kein Interesse an der Unterhaltung des Bauwerkes hat, soll die Gründung in jedem Fall statisch unabhängig von der Ufermauer ausgeführt werden. Sollte die Ufermauer in die Baumaßnahme des Stegs integriert werden, ist mit einer Kostensteigerung von 100 % gegenüber der Kostenschätzung zu rechnen. <u>Wasserrechtliche Vorgaben:</u> Herr Niederwald erläuterte, dass es bereits Abstimmungsgespräche mit dem Wasserwirtschaftsamt München gegeben hat. Hierbei wurde die Einhaltung eines Freibords von 1,0 m über dem HQ 100 – Wert gefordert. Um die Anbindesituation und den damit verbundenen Eingriff in das Grundstück auf Seite des Privatgrundstücks zu verbessern, wurde der Freibord nördlich auf 0,5 m reduziert. Zum Ausgleich des Abflussquerschnittes wurde in der Folge der Freibord auf der Südseite (Auf der	

Lände) auf 1,5 m erhöht.

Herr Dachsel bat, im Rahmen der weiteren Planungen erneut auf das Wasserwirtschaftsamt zuzugehen, um eine weitere Reduzierung des Freibords auf Seiten der Lände zu erreichen.

Nachdem die Errichtung der Treppenanlage auf Seiten Schöngeisinger Str. 47 im festgesetzten Überschwemmungsbereich erfolgt, fordert das Wasserwirtschaftsamt das Retentionsvolumen an anderer Stelle entsprechend auszugleichen und den hydraulischen Nachweis zu führen, dass die Errichtung der Treppenanlage im Hochwasserfall keine negativen Auswirkungen auf Dritte hat.

Anbindung:

Frau Wagner wies darauf hin, dass die Richtlinien zur Förderung im Rahmen der Städtebauförderung eine barrierefreie Gestaltung vorsehen. Sie fragte nach, warum eine mögliche Anbindung per barrierearmer Rampe weder auf dem Privatgrundstück noch auf Seite des städtischen Bauhofs geplant wird.

Die übrigen Fachbeiratsmitglieder führten aus, dass die Anbindung des Stegs auf Seiten Schöngeisinger Str. 47 im Rahmen einer Vereinbarung aus dem 2005 vertraglich gesichert wurde. Nachdem die zuvor beschriebenen wasserrechtlichen Vorgaben damals nicht bekannt waren, wurde im Rahmen der Vereinbarung lediglich von einer Verankerung des Stegs ausgegangen. Eine umfangreiche Inanspruchnahme der Privatfläche und umfangreiche Umbaumaßnahmen sind vertraglich nicht abgedeckt.

Die Anbindung inkl. der Zuwegung auf Seiten des Privatgrundstückes kann daher nicht barrierefrei od. barrierearm ausgeführt werden. Zusätzlich wurde im Rahmen einer Ausschusssitzung beschlossen auf eine mögliche Klage gegenüber dem Privateigentümer zu verzichten und die Anbindung per Treppe umzusetzen.

Die Treppenanbindung auf Seiten der Lände begründete Herr Niederwald mit der Verkehrssicherungspflicht der Kommune. Zwar wäre eine Anbindung per Rampe technisch umsetzbar, jedoch suggeriert man damit den Nutzern, dass diese den Steg mit Kinderwagen, Fahrrad oder Rollstuhl problemlos nutzen könnten. In der Folge generiert man u.U. gefährliche Situation auf Seiten des Privatparkplatzes.

Die Fachbeiratsmitglieder baten darum die Anbindung per Rampe auf der Südseite erneut zu prüfen.

Tragwerk:

Herr Niederwald erklärte, dass aufgrund der engen Rahmenbedingungen ein Großteil möglicher Tragkonstruktionen ausscheidet. Letztlich bleibt nur die Möglichkeit ein zuvor gefertigtes Bauwerk entweder vollständig oder in Teilen einzuheben und auf zwei vorhandene Widerlager abzulegen. Die Tragkonstruktion muss dabei fast zwangsläufig seitlich angeordnet sein.

4	**Vorplanungsvariante Trogbrücke** Als Variante 1 präsentierte Herr Niederwald eine Trogbrücke aus Holz und legte die Vor- und Nachteile der Variante dar. Herr Stangl zeigte sich von der Wahl des Naturbaustoffes Holz angetan und empfand die Wahl einer Holzbrücke, in Anbetracht der Abfolge von der B2-Amperbrücke (Beton) über den Silbersteg (Stahlfachwerk) bis hin zur geplanten Trogbrücke aus Holz, als konsequent. Herr Droth wies darauf hin, dass eine Holzbrücke bei Extremwetter nicht funktioniert. Die Erfahrung mit anderen Holzbrücken im Stadtgebiet zeigt, dass der Belag bei entsprechender Witterung rutschig und schmierig wird. Die Verkehrssicherheit ist dann u.U. nicht mehr gewährleistet. Zudem bemängelt er, dass eine Trogbrücke konstruktionsbedingt undurchsichtig ist. Herr Götz stimmte zu und führte aus, dass eine Holzbrücke (vgl. Enzianansteg) wie ein Riegel über die Amper wirkt und einen negativen Einfluss auf die Blickachse hat. Zudem wies er darauf hin, dass insbesondere Kinder keine Möglichkeit haben die Wangen der Brückenkonstruktion zu überblicken. Herr Götz möchte seine Kritik jedoch nicht als Ausschlusskriterium verstanden wissen. Herr Balda stellte die Überlegung an, dass der Undurchsichtigkeit des Bauwerkes eventuell mit Löchern in den Wangen entgegengewirkt werden kann. Zudem attestierte er dem Bauwerk eine gewisse Leichtigkeit durch die geschwungene Form. Außerdem regte er an ein besonderes Augenmerk auf die Anschlussbereiche zu legen. Er merkte an, dass bei einer einfachen Konstruktion die Details eine große Rolle spielen. Frau Zierl empfand die Holztrogbrücke als passend, da in der näheren Umgebung bereits mehrere dieser Bauwerke vorhanden sind. Insofern wäre die Errichtung einer Holzbrücke konsequent. Zudem sah sie, in den vergleichsweise geringen Baukosten, die Möglichkeit die Ersparnis an anderer Stelle auf der Lände zu investieren.	
5	**Vorplanungsvariante Hohlkastenbrücke** Herr Niederwald zeigte als zweite Variante eine sogenannte Hohlkastenbrücke. Bei dieser Variante wurde die, im Rahmen des Planungswettbewerbs „Auf der Lände“ entwickelte Idee einer möglichen Aufweitung der Brücke aufgenommen. Zwar erlaubt die Variante des Hohlkastens einen variablen Grundriss, jedoch ist diese auch mit Abstand am kontenintensivsten. Herr Niederwald erklärte, dass für Hohlkastenbrücken meist eine Epoxidharzbeschichtung als Belag verwendet wird. Mit Verweis auf das Parkdeck am Graf-Rasso-Gymnasium bemängelte Herr Stangl, dass ein solcher Belag bereits nach 12 Jahren kostenintensiv erneuert werden muss. Herr Pötzsch fragte, ob es auch die Möglichkeit der Verwendung eines durchlässigen Belags gäbe, um eine aufwendige Entwässerung zu umgehen. Herr Niederwald erwiderte, dass diese Variante konstruktionsbedingt einen geschlossenen Belag und damit eine Entwässerung er-	

	fordert. Nach kurzer Diskussion kam das Gremium zu dem Ergebnis, dass die Variante Hohlkasten aufgrund der hohen Investitionssumme von rund 1 Mio. € nicht umgesetzt werden kann und nicht weiterverfolgt wird.	
6	**Vorplanungsvariante Fachwerk** Als dritte Variante präsentierte Herr Niederwald eine Fachwerkbrücke aus geschweißten Stahlhohlprofilen. Er zeigte dabei verschiedene Beispiele möglicher Füllungen des Geländers und mögliche Belagsarten. Herr Götz und Herr Droth lobten die transparente Konstruktionsart und attestieren dieser Variante eine „gewisse Luftigkeit". Herr Stangl empfand die gezeigte Fachwerkkonstruktion, insbesondere im Vergleich zum unmittelbar angrenzenden Silbersteg, als absolut unpassend. Herr Balda stimmte Herrn Stangl zu und bezeichnete die gezeigte Konstruktion als rein funktional. Frau Wagner empfand das Bauwerk als zu standardisiert und hätte sich ein architektonisches Spiel in der Gitterfüllung und im Tragwerk gewünscht. Der Frage von Herrn Pötzsch nach einer möglichen Aufweitung dieser Konstruktion entgegnete Herr Niederwald, dass dies aus statischen Gründen nicht möglich ist.	
8	**Fazit und Prüfaufträge** Herr Götz ergriff das Wort und fasste die Ergebnisse der Fachbeiratssitzung zusammen. Er bedauerte, dass keine finale Entscheidung getroffen werden konnte. Eine zweite Sitzung ist demnach in jedem Fall erforderlich. In einer weiteren Sitzung sollen die Varianten Holzbrücke und Fachwerk aus Stahl erneut betrachtet werden. Für die Holztrogbrücke wünschte sich das Gremium eine detaillierte Betrachtung der Anschlussbereiche. Ein besonderes Augenmerk soll auf den Übergang der Brückenkonstruktion auf die Geländer der Treppe gelegt werden. Bei der Fachwerkkonstruktion wurde eine detailliertere und deutlichere Darstellung gefordert. Insbesondere für die Füllungen der Geländer erhoffte sich das Gremium ansprechende Vorschläge. Frau Wagner führte aus, dass die Richtlinien der Städtebauförderung eine barrierefreie Gestaltung vorsehen. Zudem wird generell nur der über das normale Maß hinausgehende städtebauliche Mehrwert gefördert. Diesen Mehrwert konnte Sie bei der Vorstellung der Vorplanungsvarianten nicht erkennen. Das Gremium befürwortete den Ansatz dem beauftragten Planungsbüro eine gestaltende Hand zur Seite zu stellen, um den Anforderungen gerecht werden zu können.	

Stadt Fürstenfeldbruck
Bauamt SG 44
Abteilung Tiefbau

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Der obige Text gibt das Verständnis der Gesprächsinhalte aus der Sicht des Verfassers wieder. Gesprächsteilnehmer, die anderer Auffassung sind oder wesentliche Gesprächsinhalte vermissen, sind aufgefordert unter Mitwirkung bei der Neuformulierung dies innerhalb von 5 Arbeitstagen schriftlich mitzuteilen. Andernfalls gilt das Protokoll als akzeptiert.

Aufgestellt:

Viehbeck

Fürstenfeldbruck, den 14.12.2023

Stadt Fürstenfeldbruck
Bauamt SG 44
Abteilung Tiefbau

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Niederschrift über:	**2te Sitzung Fachbeirat zur Gestaltung Neubau Brücke Schöngeisinger Str. 47 zur Lände**	
Ort:	**Rathaus Fürstenfeldbruck, Großer Sitzungssaal**	
Datum:	**16.04.2024**	
Verfasser:	**Herr Viehbeck**	
Verteiler:	**wie Teilnehmer, Herr Lohde**	
Versand:	**am 22.04.2024, siehe Verteiler**	
Teilnehmer:	**Herr Götz**	**Oberbürgermeister / BBV**
	Herr Stangl	**Zweiter Bürgermeister / Grüne**
	Herr Pötzsch	**Verkehrsreferent / SPD**
	Frau Zierl	**Vertreterin der kleinen Fraktionen / ÖDP**
	Herr Droth	**Stadtrat / Freie Wähler**
	Herr Balda	**Balda Architekten GmbH**
	Herr Dachsel	**Amtsleiter Amt 4**
	Herr Walleit	**Sachgebietsleitung SG 43**
	Frau Wolter	**Sachbearbeiterin SG 41**
	Herr Dahlmeier	**Lang-Hugger-Rampp-Architekten**
	Herr Niederwald	**Suess-Staller-Schmitt Ingenieure**
	Herr Viehbeck	**Sachbearbeiter SG 44**
Anlass/Bemerkung:		
Zweite Fachbeiratssitzung zur Gestaltung des geplanten Stegs von der Schöngeisinger Str. 47 zur Lände.		

Punkt	Thema	Veranlasser Termin
1	**Begrüßung und Veranlassung** Bevor Herr Dahlmeier die in Zusammenarbeit mit Hr. Niederwald überarbeiteten Entwürfe präsentiert, stellt Herr Dachsel das Architekturbüro Lang-Hugger-Rampp kurz vor und erläutert die Hintergründe der Beauftragung. Das u.a. für den Arnulfsteg bekannte und renommierte Architekturbüro wurde seitens der Stadt Fürstenfeldbruck engagiert, um die Entwürfe des Büros Suess-Staller-Schmitt aus dem Dezember 2023 an die Anforderungen des Gremiums anzupassen und Herrn Niederwald in gestalterischer Hinsicht zu unterstützen.	
2	**Präsentation Lang-Hugger-Rampp-Architekten** Herr Dahlmeier als Vertreter des Büros Lang-Hugger-Rampp-Architekten wiederholt zunächst die bekannten Hintergründe und Rahmenbedingungen des geplanten Projekts. Mit Verweis auf die durch	

Herrn Niederwald erarbeiteten Varianten erklärt er das Protokoll der ersten Fachbeiratssitzung studiert und als Aufgabenstellung verstanden zu haben.

Er führt aus, dass er aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und der konstruktiven Anforderungen auf Metall als Werkstoff setzen möchte. Er erklärt, dass die Stützweite für Beton zu weit und die Anforderungen an den Schutz bei einer Holzkonstruktion zu hoch seien. Zudem sei die Verwendung von Stahl bei einer Stützlänge bei vorherrschenden 21 m sehr wirtschaftlich.

Um den Anforderungen des Gestaltungsbeirates Rechnung zu tragen und um ein ordentliches und sortiertes Gesamtbild zu erreichen, schlägt Herr Dahlmeier eine Fachwerkkonstruktion als Einfeldträger mit Kragarmen vor. Die höheren und kostenintensiveren Anforderungen an die Stahlträger der Fachwerkkonstruktion könnten in monetärer Hinsicht durch den Wegfall einer aufwändigen Fundamentierung der ursprünglich angedachten Stahlbetontreppen ausgeglichen werden.

Um ein optisches „Durchhängen" der Brückenkonstruktion zu vermeiden, wird in Bauwerksmitte eine Überhöhung von 20 cm vorgeschlagen.

Die Anbindung der Konstruktion auf Seiten des Bauhofes könnte auch in Form einer Rampenkonstruktion erfolgen, wohingegen die Anbindung auf Seiten des Privatgrundstückes aus vertraglichen Gründen per Treppenanlage erfolgen muss.

Er schlägt vor, für die Ausfachung der eher breiter und damit harmonischer gewählten Fachwerkfelder, entweder Lochblech oder Streckblech zu verwenden. Je nach Anstellwinkel der Ausfachung kann, in Abhängigkeit des Blickwinkels eine optische Transparenz der Konstruktion erreicht werden.

Ein geschlossener Belag ist baulich grundsätzlich möglich, bedarf nach Kenntnisstand Herr Dahlmeier jedoch einer geführten Entwässerung sowie einem erhöhten Aufwand in der Konstruktion (Abdichtung, Detailausbildung etc.). Dies schlägt sich im Weiteren auch im Unterhalt nieder. In jedem Fall legt er dem Gremium nahe, aufgrund der konstruktiven Vorteile hinsichtlich der nicht notwendigen Entwässerung, einen offenen Belag zu verwenden. Denkbar wäre beispielsweise die Verwendung eines Gitterrostes, wobei die Lochweite in einem weiteren Schritt festgelegt werden könne.

Er führt weiter aus, dass die Beleuchtung des Stegs über ein im Handlauf integriertes LED-Band realisiert werden könne.

Abschließend zeigt Herr Dahlmeier als Vergleich, wie die Integration der Anschlussbereiche bei einer Holz-Trogbrücke aussehen könnte. Um die Trogwirkung auf die Treppen auszudehnen, wäre eine Einfassung in Betonscheiben denkbar. Nachdem diese Konstruktionsart undurchlässig ist und einen Riegel quer zur Fließrichtung der Amper darstellt, ist die Erbringung eines hydraulischen Nachweises zum Erhalt der wasserrechtlichen Genehmigung, vermutlich nicht möglich. Herr Dahlmeier plädiert daher dazu diese Variante nicht weiter zu verfolgen.

Herr Dahlmeier bedankt sich für die Aufmerksamkeit und steht im weiteren Verlauf für Fragen zur Verfügung.

3	**Fragen, Anmerkungen und Diskussion** Kosten Herr Stangl bedankt sich für die Ausführungen und erkundigt sich hinsichtlich der Kosten für die von Herrn Dahlmeier bevorzugte Fachwerkkonstruktion. Herr Dahlmeier entgegnet, dass durch die Verwendung eines längeren Tragwerks gegenüber der durch Herrn Niederwald vorgestellten Fachwerkkonstruktion auch höhere Kosten zu erwarten sind. Diese können jedoch durch Einsparungen bei der Fundamentierung der Treppenanlagen (Kragarm) zum Teil wieder eingespart werden. Er führt aus, dass u.a. die Fachwerkträger mit entsprechender Auswirkung auf die Gesamtkosten statisch dimensioniert werden müssen. Herr Niederwald bestätigt die Ausführungen von Herrn Dahlmeier und gibt an, dass sich die grob geschätzten Gesamtkosten auf ca. 500.000,00 – 600.000,00 € (brutto) belaufen werden. Ausfachung Herr Götz erkundigt sich, ob die Ausfachung des Fachwerks auch mit Hilfe von horizontalen Holzbohlen oder aber einem Gitter hergestellt werden könne. Herr Dahlmeier antwortet, dass eine horizontale Ausfachung aufgrund der „Überkletterbarkeit" im öffentlichen Raum aus Verkehrssicherungsgründen nicht zulässig ist. Die Verwendung eines Stahlgitters sei zwar prinzipiell denkbar und entspricht auch dem Credo der Werkstoffgleichheit, jedoch wird die optische Dauerhaftigkeit bei Missbrauch als Kletternetz schnell stark leiden. Er rät daher von einer Verwendung eines Gitters ab. Herr Dachsel spricht sich bei der Umsetzung der Ausfachung für die Verwendung eines flächigen Materials aus. Die Ausrichtung und Lochweite der Ausfachung könne in einem weiteren Schritt bemustert und festgelegt werden. Fachwerkträger Auf Nachfrage von Herrn Pötzsch erklärt Herr Dahlmeier, dass die Fachwerkträger als Rundprofile ausgeführt werden sollen. Dies hat neben Vorteilen beim Korrosionsschutz auch eine behaglichere Wirkung auf die Nutzer. Belag Frau Zierl bittet darum bei Verwendung eines Gitterrostes darauf zu achten, dass dieser nicht zu weitmaschig ist, damit auch Personen mit Höhenangst oder entsprechenden Schuhwerk den Steg nutzen können. Herr Dahlmeier erwidert, dass der Belag nicht zwangsläufig ein Gitterrost sein muss. Er definiert den Belag als offen und metallisch. Die genaue Ausbildung soll im Rahmen einer Bemusterung festgelegt werden. Anbindung Auf Nachfrage von Herrn Droth bzgl. der angedachten Anbindung des Stegs, erklärt Herr Dahlmeier, dass auf Seiten des Privatgrundstückes, aufgrund der vertraglichen Situation, nur die Anbindung per Treppenanlage hergestellt werden kann. Herr Dachsel fragt, ob die Treppenkonstruktion bei Veränderung der Vertragsbedingungen später durch eine	

	Rampe ersetzt werden könne. Herr Dahlmeier bejaht dies. Die Anbindung auf Seiten des städtischen Bauhofes kann sowohl als Treppe als auch als Rampe ausgebildet werden. Herr Dahlmeier führt aus, dass die Rampe nicht zwangsläufig barrierefrei ausgeführt werden muss, nachdem auf der anderen Seite des Stegs ohnehin eine Treppenanlage ist. Herr Niederwald weist an dieser Stelle darauf hin, dass im Status Quo die Anbindung per Rampe aus platztechnischen Gründen schwierig werden könne. Zudem gibt er zu bedenken, dass Radfahrer ggf. die Rampe hochfahren, um dann die Treppe runter zu „fallen". Unter Umständen muss dies baulich verhindert werden. Herr Balda zeigt sich zufrieden, dass unabhängig von der Anbindevariante die Bauwerksanschlüsse mitgedacht wurden. Aufgrund der Formgebung bevorzugt er die Anbindung des Stegs auf Seiten Lände mit einer Rampe. Sollte die Rampe aus platztechnischen Gründen zunächst nicht vollständig hergestellt werden können, so plädiert er dazu die Anrampung durch Einsatz von Blockstufen zu verkürzen. Dieser Vorschlag findet im Gremium große Zustimmung.	
4	**Fazit und Prüfaufträge** Die Teilnehmer sind sich einig, dass die von Herrn Dahlmeier präsentierte Fachwerkkonstruktion mit Rundstahlprofilen, metallischer Ausfachung und metallischen Belag als Vorzugsvariante weiterverfolgt werden soll. Die Anbindung des Stegs soll dabei auf Seiten Schöngeisinger Str. 47 vertragsgemäß mit einer Treppenanlage hergestellt werden. Die Anbindung auf Seiten Lände soll mit Hilfe einer nicht barrierefreien Rampe realisiert werden. Sollte der Platz aufgrund der örtlichen Gegebenheiten zunächst nicht ausreichen, so kann die Rampe übergangsweise durch das Setzen von Blockstufen reduziert werden. Die gestalterische Festlegung der Ausfachung und des Belags soll im Rahmen einer Bemusterung zur gegebenen Zeit erfolgen.	

Der obige Text gibt das Verständnis der Gesprächsinhalte aus der Sicht des Verfassers wieder. Gesprächsteilnehmer, die anderer Auffassung sind oder wesentliche Gesprächsinhalte vermissen, sind aufgefordert unter Mitwirkung bei der Neuformulierung dies innerhalb von 5 Arbeitstagen schriftlich mitzuteilen. Andernfalls gilt das Protokoll als akzeptiert.

Aufgestellt:

Viehbeck

Fürstenfeldbruck, den 19.04.2024

Auszug TOP 7
aus der Niederschrift über die
33. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
vom 09.07.2025

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Christian Götz;
Ausschussmitglieder:
Herr Albert Bosch; Herr Thomas Brückner; Herr Karl Danke; Frau Tanja de Tschaschell; Herr Quirin Droth; Herr Franz Höfelsauer; Herr Martin Kellerer; Herr Mirko Pötzsch; Frau Ulrike Quinten; Herr Johann Schilling;
Vertreter/in:
Frau Elisabeth Lang; Herr Christian Stangl;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 7	**Vorstellung Entwurfsplanung Brücke Schöngeisinger Straße 47 zur Lände; mündlicher Bericht**

Sachvortrag:

Herr OB Götz begrüßt Herrn Niederwald, Frau Platz und Herrn Dahlmeier

Herr Dahlmeier und Herr Niederwald stellen dem Gremium den Entwurfsplan von der Brücke Schöngeisinger Straße 42 zur Lände per Powerpoint Präsentation vor.

Das Planungsbüro gab im April 2024 im UVT dem Gremium drei Varianten als Vorschlag. Dies waren eine Holzbalkenbrücke, eine Fachwerkbrücke und eine Stahlwerkbrücke. Die Entscheidung fiel damals auf die Stahlbrücke.

Da die Ufer unterschiedliche Höhen haben und es deshalb zu sehr engen Platzverhältnisse kommt, gestaltet sich der Bau der neuen Brücke sehr schwierig. Zudem sind wasserrechtliche Vorgaben bei der Höhe der Brücke einzuhalten, da bei Hochwasser das Treibgut unter der Brücke durchkommen muss und nicht hängen bleiben darf.

Da man auf der Seite der Schöngeisinger Straße nur zwei Meter zur Verankerung der Brücke Platz hat, kann man diese nicht mit einer Rampe ausstatten, sondern muss einen Treppenaufgang bauen. Deshalb wird die Brücke nicht barrierefrei.

Frau Stadträtin Lang weist darauf hin, dass viele mit Hunden die Brücke überqueren möchten, da diese aber einen Gitterrost-Belag hat befürchtet sie, dass die Hunde dabei Probleme bekommen könnten. Herr Niederwald erklärt hierzu, dass es sich dabei um einen so engmaschigen Gitterrost handelt, der zwar Split durchfallen lässt, aber fußtauglich ist.

Herr Stadtrat Brückner befürchtet, dass es im Winter zu einer Glatteisbahn kommen könnte. Auch die Treppen lehnte Herr Brückner im Hinblick auf Rollator-Benutzer und Radfahrer ab.

Herr Stadtrat Martin Kellerer findet einen beidseitigen Treppenaufgang besser, um den Radfahrern Einhalt zu geben.

Herr Stadtrat Pötzsch sprach sich für eine Rampe auf der einen Seite und auf der anderen Seite für Treppen aus.

Außerdem möchte Herr Pötzsch wissen, wie es mit dem Bau weitergehen wird.

Herr OB Götz berichtet, dass noch heuer mit der Baumaßnahme begonnen werden soll. Deshalb muss im Oktober über die Variante endgültig beschlossen werden um mit dem Bau beginnen zu können. Diese sollte dann bis Ende 2027 beendet sein ergänzte Herr Viehbeck vom Tiefbauamt.

Nach weiteren Fragen und Antworten kam das Gremium schließlich zu folgendem

Beschluss:

Wer ist für eine Rampe auf der Bauhofseite Lände

Ja-Stimmen: 6
Nein-Stimmen: 7
(somit abgelehnt)

Wer ist für eine Treppe auf der Bauhofseite Lände

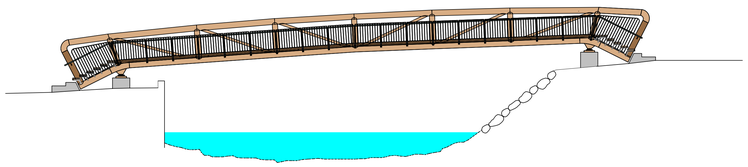
Ja-Stimmen: 7
Nein-Stimmen: 6

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 25.08.2025

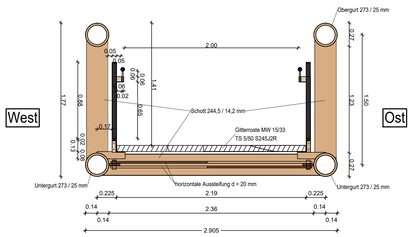
Christine Hess	gez. Christian Götz
Schriftführerin	Oberbürgermeister

M 1:25 M 1:100

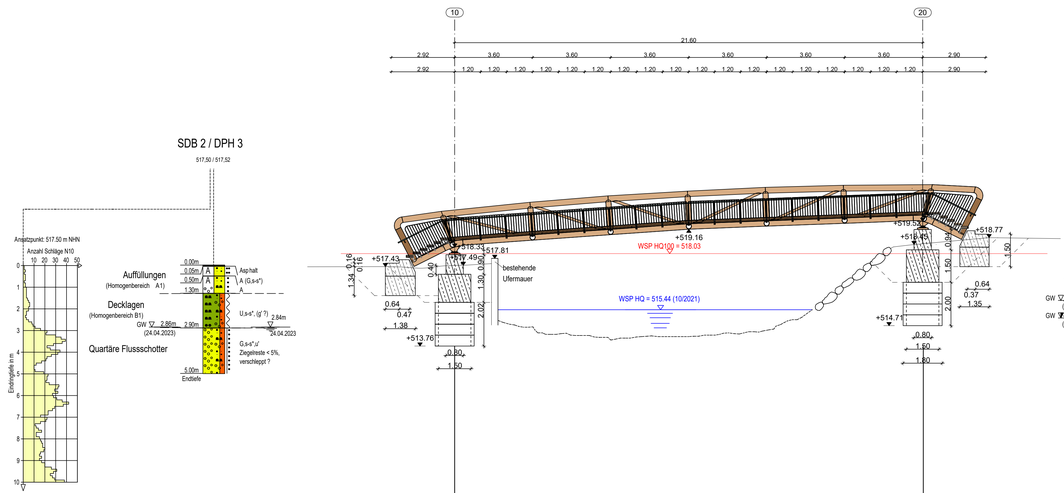
Ansicht West
M 1:100



Regelschnitt B-B in Brückenmitte
M 1:25



Längsschnitt A-A
M 1:100



Das Bauwerk liegt in keiner Erdbebenzone

Darstellung der Boden- und Gesteinsarten in den Schichtenprofilen der Bodenaufschlüsse nach dem geotechnischen Bericht vom 02.06.2023.

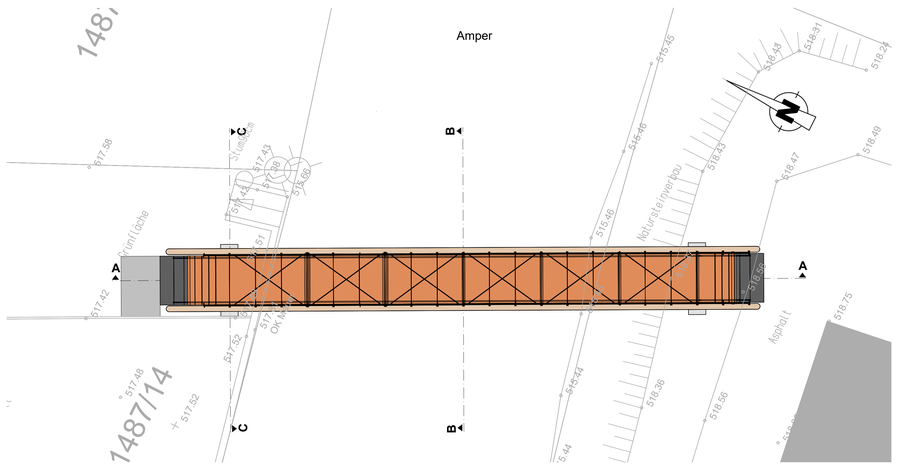
Baustoffangaben

Bauteil:	Beton	Expositionsklasse Feuchtigkeitsklasse	Baustahl	Betonstahl
Überbau			S355J2W	
Horizontale Aussteifung (Auskreuzungen)			S235J2W	
Brunnenringe Füllung	C30/37	XC4, XD 2, XF2, WF		B500B
Brunnenringe	C30/37	XC4, XD 2, XF2, WF		B500B
Widerlager, Lagersockel	C30/37	XC4, XD 2, XF2, WF		B500B

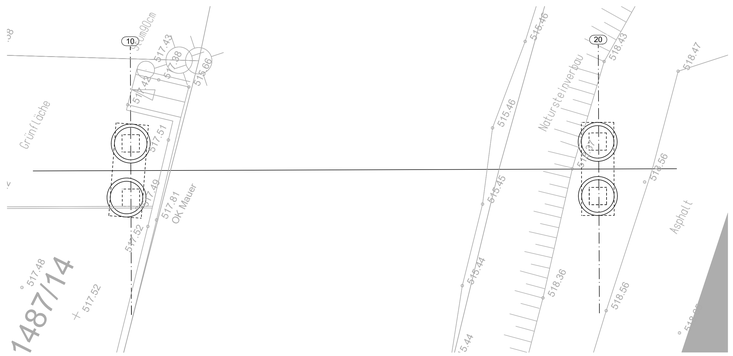
Bauwerksdaten

Bauart:		Stahlfachwerk
Einwirkung Verkehrslast		DIN EN 1991-2/NA Radwege und Fußgängerbrücken
Einzelstützweiten (ℓ_{st})	(m)	21,60
Gesamtlänge zw. Endauflagern (ℓ_{ges})	(m)	21,60
Größte Lichte Höhe (Achsabstand Gurte)	(m)	1,50
Breite zw. Geländern	(m)	2,00
Brückenfläche	(m^2)	55

Draufsicht Brücke
M 1:100



Draufsicht Gründung
M 1:100



zugehörige Bauwerkspläne:
Nr. 02 Entwurfsplan Querschnitte und Details

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

Entwurfsbearbeitung:
SUESS · STALLER · SCHMITT
INGENIEURE GMBH

Gestalterischer Entwurf:
LANG HUGGER RAMPP

bearbeitet:		
gezeichnet:	24.07.2025	hp
geprüft:	24.07.2025	ni
Projekt: 22-3422		

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck
Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck
Tel.: 08141/281-0, Fax: 08141/282-1199, E-Mail: info@fuerstenfeldbruck.de

ENTWURFSPLAN

Unterlage / Blatt-Nr.:
Bauwerksplan
Draufsicht, Längsschnitt, Regelquerschnitt, Ansicht, Querschnitte und Details
Maßstab: 1 : 10, 1:25, 1:100

Neubau Fußgängerbrücke über die Amper, BW 15
Schöngeisinger Straße 47, Fürstenfeldbruck

aufgestellt:
SUESS · STALLER · SCHMITT
INGENIEURE GMBH
Lochhamer Schlag 12
82166 Gräfelfing
Gräfelfing, den 29.07.2025

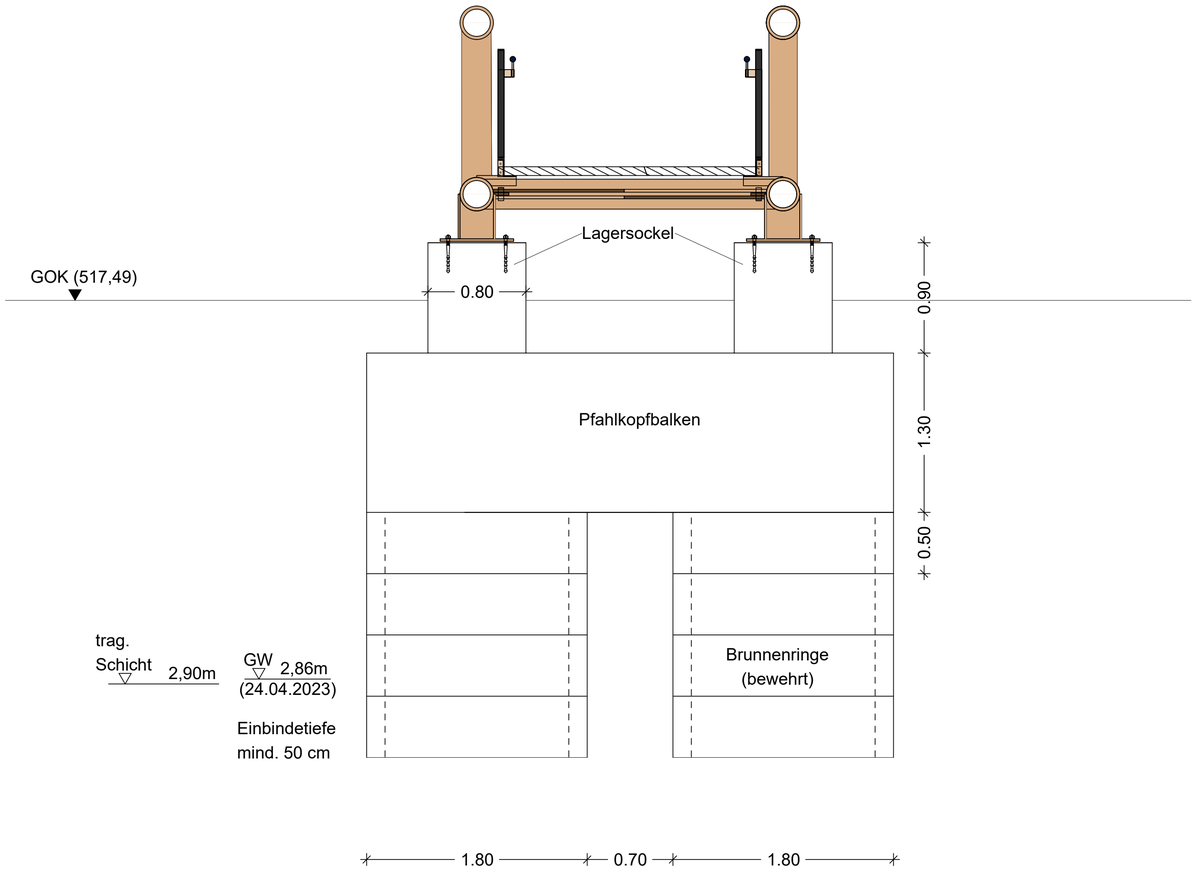
geprüft:

gesehen:

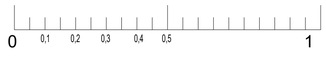
genehmigt:

Schnitt C-C: Ansicht Widerlager

M 1:25



M 1:10

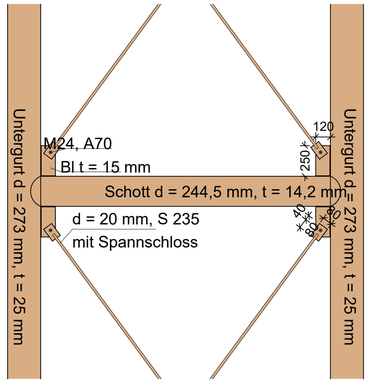


M 1:25



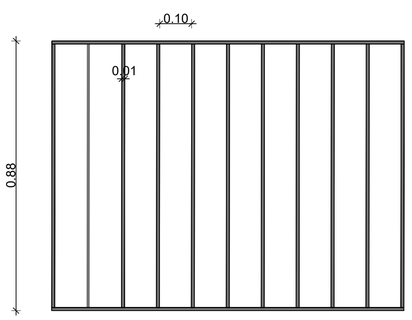
Detail : horizontale Aussteifung

M 1:25



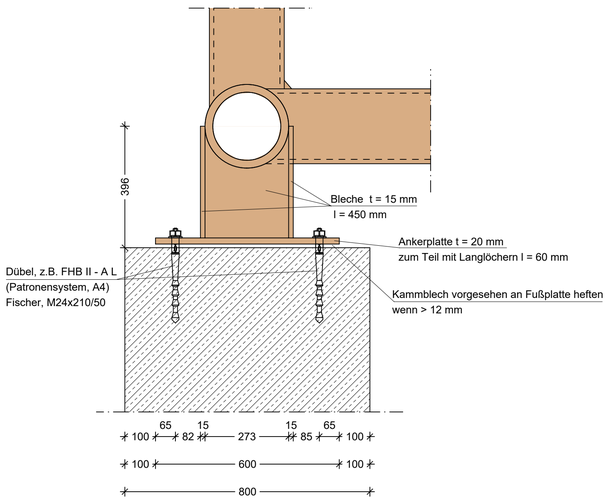
Detail : Geländer

M 1:10



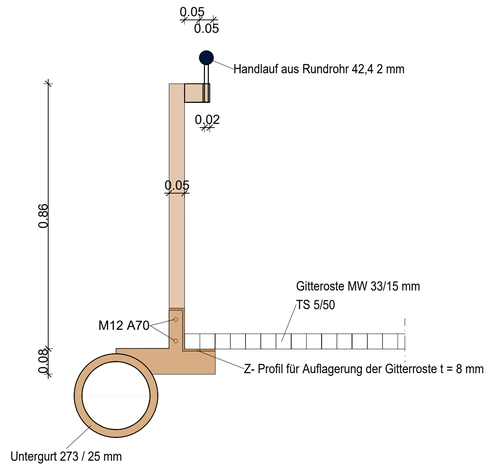
Detail : Lageransicht

M 1:10



Detail : Pfostenanschluss

M 1:10



zugehörige Bauwerkspläne:

Nr. 01 Entwurfsplan Draufsciht, Längsschnitt, Regelquerschnitt, Ansicht

Nr.	Art der Änderung	Datum	Zeichen

Entwurfsbearbeitung:

SUESS · STALLER · SCHMITT
INGENIEURE GMBH

Gestalterischer Entwurf:

LANG HUGGER RAMPP

bearbeitet:		
gezeichnet:	21.07.2025	hp
geprüft:	22.07.2025	ni

Projekt: 22-3422

Große Kreisstadt Fürstenfeldbruck

Hauptstraße 31
82256 Fürstenfeldbruck

Tel.: 08141/281-0, Fax: 08141/282-1199, E-Mail: info@fuerstenfeldbruck.de

ENTWURFSPLAN

Unterlage / Blatt-Nr.:
02 - Bauwerksplan
Querschnitte und Details

Maßstab: 1 : 5, 1 : 10, 1: 50

Neubau Fußgängerbrücke über die Amper, BW 15
Schöngeisinger Straße 47, Fürstenfeldbruck

aufgestellt:

SUESS · STALLER · SCHMITT
INGENIEURE GMBH
Lochhamer Schlag 12
82166 Gräfelfing

Gräfelfing, den 29.07.2025

geprüft:

gesehen:

genehmigt:

TOP Ö 6

STADTBAUAMT
41 | 42 | 43 | (44) | 45
25. Sep. 2025
b.R. | z.U.
WV:

Fürstenfeldbruck
Stadt · Land · Fluss

Seniorenbeirat

An den Herrn

Oberbürgermeister Christian Götz

Rathaus

82256 Fürstenfeldbruck

Tiefbauamt
30. Sep. 2025
eingegangen am:

BEARBEITUNGSVERMERK
federführendes Amt: gc
OB | 1 | 2 | (3) | (4) | 5 | Vt
zur Kenntnis / Mitwirkung an
24. SEP. 2025
OB | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | Vt
U-Schrift OB | Rückspr. | Vorgang vorl. | vor Ausl. vorl. | Eilt/ sofort
Termin bis/am:

Fürstenfeldbruck, den 23.09.2025

Betreff: Anfrage an den Stadtrat in Sachen geplanter Brücke Schöngeisinger Straße 47

63

Sehr geehrter Herr Götz,

in der Anlage erhalten Sie unsere Anfrage mit der Bitte um Weiterleitung an den Stadtrat und den betreffenden Ausschuss.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Richter

Wolfgang Richter

- Vorsitzender -

Anlage: 1

Anfrage des Seniorenbeirates in Sachen der geplanten Fußgängerbrücke über die Amper auf Höhe Schöngeisinger Straße 47.

Anlass der Anfrage:

Der Beirat findet es nicht angebracht, in diesem Bereich eine nicht barrierefreie Brücke, zu bauen.
Die relativ kurze Entfernung zum Silbersteg, der auch nicht ganz barrierefrei ist, stellt für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen eine schwer einsehbare Baumaßnahme dar. Auch der Zugang zur geplanten Brücke ist nach unserer Meinung nicht optimal gewählt. Auch für Bürger mit Kinderwagen wäre diese Brücke nur schwer zu überwinden, zumal wenn nur eine Person unterwegs ist.

Für diesen Personenkreis ist ein nicht unerheblicher Umweg notwendig, wenn sie auf die andere Seite möchten. Da die geplante Brücke nicht barrierefrei ist und der Silbersteg für oben genannten Personenkreis nur eingeschränkt benutzbar ist.

Der Seniorenbeirat bittet die Stadträte und den Ausschuss die Entscheidung zum Bau der Brücke nochmal zu überdenken. Die nicht unerheblichen Baukosten könnten nach unserer Meinung eingespart werden.

Fürstenfeldbruck, den 24.09.2025

Wolfgang Richter
Vorsitzender Seniorenbeirat

STADTVERWALTUNG FÜRSTENFELDBRUCK

Beschlussvorlage Nr. 3722/2025

35. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau

Betreff/Sachantragsnr.	Beteiligung der Stadt bei der farblichen Umgestaltung der Personenunterführung am Bahnhof Buchenau - Kostenmehrung		
TOP - Nr.		Vorlagenstatus	öffentlich
AZ:	SG 44	Erstelldatum	29.09.2025
Verfasser	Doll, Walter	Zuständiges Amt	Amt 4
Sachgebiet	44 Städtischer Tiefbau, Kläranlage	Abzeichnung OB: Abzeichnung 2./ 3. Bgm:	

Beratungsfolge		Zuständigkeit	Datum	Ö-Status
1	Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau	Entscheidung	29.10.2025	Ö

Anlagen:	Auszug TOP 4 aus der Sitzung vom 21.05.2025

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau nimmt die Kostenschätzung zur Kenntnis und die Verwaltung wird beauftragt die Maßnahme mit der DB InfraGO zu realisieren.

Refe-rent/in	Pötzsch/SPD	Verkehr,Tiefbau	Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Refe-rent/in			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	
Beirat			Ja/Nein/Kenntnis	

Klimarelevanz				
Umweltauswirkungen				
Finanzielle Auswirkungen				
Haushaltsmittel stehen zur Verfügung		Ja		210.000,- €
Aufwand/Ertrag lt. Beschlussvorschlag				€
Aufwand/Ertrag der Gesamtmaßnahme			€	
Folgekosten			€	

Sachvortrag:

In der Sitzung des UVT am 21.05.2025 wurde beschlossen im Rahmen der Gesamtmaßnahme mit der DB InfraGO die Personenunterführung am Bahnhof Buchenau mit umzugestalten.

Die Kosten wurden auf ca. 120.000, - € geschätzt.

Nach Prüfung der Angebote durch die DB InfraGo wurden für die Leistungen Fliesenarbeiten, Malerarbeiten und künstlerische Gestaltung nunmehr ein Bruttobetrag von 190.235,98 € genannt. Mit 10 % Sicherheit entstehen Kosten in Höhe von rund 210.000,- €. Die Haushaltsmittel können aus Maßnahmen zur Verfügung gestellt werden die nicht begonnen wurden.

Auszug TOP 4
aus der Niederschrift über die
32. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Tiefbau
vom 21.05.2025

Vorsitzender, Oberbürgermeister:
Herr Christian Götz;
Ausschussmitglieder:
Herr Albert Bosch; Herr Thomas Brückner; Frau Tanja de Tschaschell; Herr Quirin Droth; Herr Franz Höfelsauer; Herr Martin Kellerer; Herr Dieter Kreis; Herr Michael Piscitelli; Herr Mirko Pötzsch; Herr Johann Schilling;
Vertreter/in:
Herr Markus Droth; Frau Karin Geißler; Frau Elisabeth Lang; Herr Andreas Lohde; Herr Christian Stangl; Herr Florian Weber;

Beratungspunkt (öffentlich):

TOP 4	**Beteiligung der Stadt bei der farblichen Umgestaltung der Personenunterführung am Bahnhof Buchenau**

Sachvortrag:

Der Sachvortrag Nr. 3533/2025 vom 18.03.2025 dient dem Gremium als Diskussionsgrundlage.

Frau Schoppe von der Deutschen Bahn erläutert dem Gremium das Konzept der Umgestaltung am Bahnhof Buchenau.
Herr Stadtrat Pötzsch bedankt sich für den Vortrag, bittet aber um ein anderes Farbkonzept für die Unterführung.

Frau Schoppe erwidert hierzu, dass es ein Design-Team bei der Deutschen Bahn gibt, die sich darüber Gedanken gemacht haben.

Herr Dachsel empfiehlt dem Gremium diesem Farbkonzept und dem Wandgemälde so zuzustimmen.

Herr Stadtrat Droth jun. bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Er möchte noch wissen, ob die Nachfrage für den Fahrradkeller überhaupt vorhanden ist.

Frau Gessner von der Verwaltung möchte hier erreichen, dass auch, wenn dort eine Zugangssicherung vorhanden ist, Leute mit hochwertigen Fahrrädern oder Lastenfahrrädern diese nutzen werden.

Herr Stadtrat Kreis begrüßt ebenfalls die Umgestaltung des Bahnhofes und findet das Farbkonzept in Ordnung.

Herr Stadtrat Brückner bittet um eine Fassadenbegrünung des Trafohauses. Außerdem fände er es besser, wenn die Decken weiß und die Wände dunkelbau gemacht werden. Man könnte auch ein Schülerprojekt initiieren, denen die Materialien zur Verfü-

gung gestellt werden und die Wand, die jetzt schon mit Graffiti gestaltet sind, neu zu besprühen.

Herr Brückner stellt den Antrag für das Schülerprojekt.

Herr Stadtrat Kellerer sieht hier auf jeden Fall Handlungsbedarf bei der Unterführung. Er findet es nicht gut, dass die Zugänge mit Fliesen zugekleistert werden. Man könnte evtl. nicht ganz bis oben fliesen. Begrüßt aber die Fahrradabstellanlage, die man abschließen kann.

Herr Dachsel plädiert nochmals für die farbliche Umgestaltung am Bahnhof Buchenau, da man diese dann jetzt noch dieses Jahr umsetzen könnte.

Nach reger Diskussion kam das Gremium zu folgendem

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Tiefbau beschließt im Rahmen der Gesamtmaßnahme der DB InfraGO die Personenunterführung am Bahnhof Buchenau nach dem Konzept der DB InfraGO mit umzugestalten. Die anteiligen Kosten für die Umgestaltung belaufen sich geschätzt auf ca. 120.000 € brutto.

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 1

Ergänzung zum Beschluss:

In der städtischen Personenunterführung soll die lange Wand, mit den bereits bestehenden Gemälde durch Schüler, neugestaltet werden.

Ja-Stimmen: 3
Nein-Stimmen: 12

- Somit abgelehnt-

Für die Richtigkeit des Auszuges:
Fürstenfeldbruck, 28.07.2025

gez.Christine Hess
Schriftführerin

gez. Christian Götz
Oberbürgermeister